

PAT R I C K Christa

Inklusion



TIM X.



DE W

LEOPOLD



Tim Z.



Rafi

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

**Juli/August
2009**

Migration – Integration

3 Nur ein anderes Wort?

Zum Unterschied zwischen den Begriffen »Integration« und »Inklusion«
von Gabi Gabler

4 »Eine Schule für alle« neu denken

Welche Impulse kann die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen unserem Bildungssystem geben?
von Dr. Ilka Hoffmann

6 Inklusion – unser gesellschaftliches Problem

von Dr. Brigitte Schumann

7 Hätten wir Inklusion ... haben wir aber nicht!

Gegenüberstellung zweier Sichtweisen am Beispiel eines erlebnis-pädagogischen Schullandheim-Aufenthaltes
von Wolfram Witte

9 SchulbegleiterIn, IndividualbegleiterIn, IntegrationshelferIn – eine Tätigkeit, kein Beruf

von Gabi Gabler

11 Inklusive Bildung – Jetzt!

Manifest diverser Organisationen

12 Auf dem Weg zur gemeinsamen Ausbildung aller PädagogInnen ...

von Gele Neubäcker

13 Bye-bye Bayern?

von Florian Kohl

Streik im Sozial- und Erziehungsdienst und Bildungsstreik

16 Überall streikts!

Von den Kitas über die Schulen bis zur Universität
- Fotodokumentation aus Ingolstadt, Nürnberg, Schwabach, Würzburg, Augsburg und München
- Erika Rempel spricht für die GEW beim Bildungsstreik in Augsburg

Was es sonst noch gibt

19 Berufliche Oberschulen aufwerten und besser ausstatten

GEW Würzburg im Gespräch mit FOS-BOS-Personalräten und Mitgliedern des Bildungsausschusses
von Jörg Nellen

Rubriken

20 Dies und Das

22 Veranstaltungen

23 Glückwünsche und Dank

24 Kontakte

Noch Streik? Oder kein Streik mehr? Nein halt! Nicht weglesen! Auch wenn es auf den ersten Blick so aussieht: Wir haben nicht aus Versehen vergessen, das Editorial dieser DDS neu zu schreiben. Es **ist** neu geschrieben, und zwar am ersten Streiktag nach den Pfingstferien. Aber leider ist die Überschrift noch genau so aktuell wie vor vier Wochen.

Die Kolleginnen und Kollegen aus den Kitas und den sozialen Diensten halten in diesen Tagen zum wiederholten Male ihre Einrichtungen geschlossen. Denn ihre Hoffnung, die kommunalen Arbeitgeber würden sich in Richtung einer möglichen Einigung bewegen, war vergebens. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, weil das sogenannte Angebot der Arbeitgeber eine Zumutung war. Ilse Schaad, die Verhandlungsführerin der GEW, beschrieb deren unnachgiebige Position in der letzten Verhandlungsrunde: »Von einer Aufwertung des Erzieherinnen-Berufs war keine Rede. Im Gegenteil: Das Einkommen für einen Großteil der Erzieherinnen soll unter dem Niveau von 1990 eingefroren werden. Für die Arbeitgeber bleibt es dabei: Erzieherinnen sind Basteltanten. Die Arbeitgeber nehmen nicht zur Kenntnis, dass die Kita-Beschäftigten einen Bildungsauftrag haben.« Hinsichtlich eines verbesserten Gesundheitsschutzes sind die Arbeitgeber sogar hinter ihre eigenen Vorschläge zurückgefallen. Ihr Versuch, nur für einen Teil der Erzieherinnen ein verbessertes Angebot vorzulegen, das alle anderen Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst aber außen vor lässt, folgt dem altbekannten Prinzip »teile und herrsche«.

Die Härte, mit der die Arbeitgeber diese Auseinandersetzung führen, macht jede Prognose unmöglich, in welchem zeitlichen Rahmen sich die Streiks noch bewegen werden. Die Härte macht aber auch deutlich, dass diese Streiks eine Bedeutung haben, die weit über das unmittelbare Streikziel hinausweist. Es geht nämlich auch um die wichtige Frage, welchen Wert pädagogische Arbeit insgesamt in dieser Gesellschaft hat. Denn aus diesem Wert ergibt sich grundsätzlich der Anspruch, mit dem Beschäftigte in pädagogischen Einrichtungen aller Art – von der Krippe bis zur Universität – eine bessere Qualität ihrer Arbeitsbedingungen einfordern können. In diesem Zusammenhang wäre auch von großer Bedeutung, dass das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte endlich fällt, damit sie sich – auch in größerer Anzahl, als es bisher geschehen ist – in solch gesellschaftlich existenziell wichtige Auseinandersetzung einbringen. In dieser Frage internationale Standards zu erreichen, fällt dem Weltmeister diverser Disziplinen aber bekanntlich noch sehr schwer.
Karin Just

Folgende Themen sind in Planung bzw. in unserem Themenspeicher – Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht: Hochschulfragen • Lebenszeit/Arbeitszeit/Altersteilzeit/Freizeit – Arbeitszeitmodelle • Sinkende SchülerInnenzahlen – Welche Utopien haben wir? • Jahrgangsübergreifendes Lernen/Jahrgangsübergreifende Klassen • Rechtsextremismus • SchülerInnen und Mitbestimmung • Bildung als Menschenrecht • Bürgerschaftliches Engagement • Religionen im Aufwind.

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle
mit Beratung für GEW-Mitglieder:
Montag und Donnerstag
von 13.00 - 16.00 Uhr • Tel.: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 4 4 0 8 1 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.gew-bayern.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-5 3894 87 E-Mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Sabine Herzig, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger, Wolfram Witte.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel imago/imagebroker/Rossetorip

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

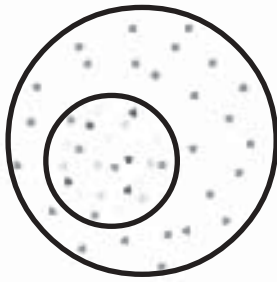
Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Nur ein anderes Wort?

Zum Unterschied zwischen den Begriffen »Integration« und »Inklusion«



Integration

Integration bedeutet die Einbeziehung Außenstehender in ein bestehendes Ganzes. Auf die Bildungseinrichtungen übertragen:

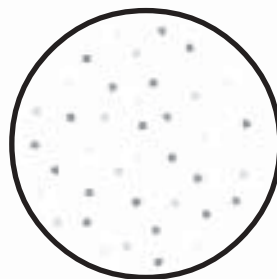
Kindertagesstätten oder Schulen behalten ihr System bei, nehmen aber Kinder und Jugendliche auf, die diesem System nicht automatisch entsprechen. Sei es, weil sie körperlich oder sinnesbehindert sind, weil sie aus einem anderen Kulturkreis kommen oder weil sie ungewöhnliche Verhaltensweisen haben.

Kindern und Jugendlichen wird also ein sonderpädagogischer Förderbedarf zugeschrieben, die Eltern bitten um Aufnahme in den Kindergarten oder die »Regelschule« (welche aus dem gegliederten Schulsystem das auch immer sei!), es wird Aufnahme gewährt, das Kind gilt als »integriert«.

Die jeweiligen Bildungseinrichtungen können grundsätzlich unverändert bleiben. Die Bringschuld für das Gelingen der Integrationsmaßnahme liegt bei den »geduldeten« Kindern. Sind sie wirklich fähig, »integrativ beschult zu werden«, wie das in vielen Stellungnahmen formuliert ist, oder ist ihr »richtiger Förderort« doch dort, wo sie ihresgleichen finden?

Eine Reihe von Möglichkeiten können diese einzelnen Integrationsmaßnahmen unterstützen: Mobile Sonderpädagogische Dienste, IndividualbegleiterInnen (*Artikel dazu auf S. 9*), Notenaussetzung in einzelnen oder auch in allen Fächern auf Antrag der Eltern, technisches Hilfsgerät.

Der Blick bleibt trotz allem oder gerade deswegen auf das einzelne integrierte Kind gerichtet. Der Unterricht verläuft wie gehabt, das Kind bekommt eventuell weniger oder vereinfachte Aufgaben, es nimmt vielleicht nicht am Sport teil. Es bleibt doch immer das besondere Kind, welches vom System geduldet wird.



Inklusion

Inklusion richtet sich an das gesamte System. Das »Lexikon Wissenwertes zur Erwachsenenbildung« erklärt den Begriff so: »Inklusion (engl.) Einbeziehung; dieser Be-

griff ergibt sich aus der Auffassung, dass eine Gesellschaft aus Individuen besteht, die sich alle mehr oder weniger unterscheiden. Um dieser Tatsache gerecht zu werden, muss die Gesellschaft dafür Sorge tragen, dass der Zugang aller Bürger (und Bürgerinnen, die Autorin) zu Institutionen und Dienstleistungen unter Berücksichtigung ihrer individuellen Möglichkeiten ermöglicht wird.«

Vielfalt muss ins Zentrum ...

Nichts anderes verlangt die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung: Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung soll für Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung auf der Grundlage der Chancengleichheit zu erreichen sein. Irmtraud Schnell, Professorin an der Universität Frankfurt, schreibt: »Inklusive Pädagogik braucht dementsprechend Strukturen, die ermöglichen, dass Verschiedenheit wahrgenommen und geachtet werden kann – nur dann ist Dabeisein alles. Für Kindertagesstätten und Schulen stellt sich die Aufgabe, Vielfalt ins Zentrum ihrer pädagogischen Überlegungen zu stellen und Angebote zur individuellen und gemeinsamen Erziehung und Bildung entsprechend zu gestalten.«

... aber nicht als Vielfalt des Systems

Dass diese Ziele in einer so extrem gegliederten Schul Landschaft – sowohl regional als auch vertikal – wie der deutschen nur schwer zu verfolgen und noch schwerer zu erreichen sind, liegt auf der Hand.

Wozu bräuchte man noch vier verschiedene Schularten im Sekundarbereich, wenn inklusiv gearbeitet würde?

Inklusive Pädagogik würde mit vielen lieb gewordenen Traditionen, wie etwa dem Frontalunterricht, brechen.

Die Nachricht von der Ratifizierung der UN-Konvention zu den Rechten der Menschen mit Behinderung ging in den letzten Monaten durch die Medien. Der Artikel 24 spricht jedem Menschen, unabhängig vom Schweregrad seiner Behinderung, ein Recht auf Bildung in einem integrativen Bildungssystem zu. Im Original steht allerdings nicht integrativ, sondern »inclusive«.

Nun könnte man das alles für Wortklauberei halten, würden die Begriffe Integration und Inklusion nicht zwei fundamental unterschiedliche Bedeutungen im Kontext von frühkindlicher und schulischer Bildung haben.

Integration – Inklusion, es ist nicht nur ein semantischer Unterschied!

von Gabi Gabler

Vorsitzende der Landesfachgruppe Sonderpädagogische Berufe der GEW Bayern





»Eine Schule für alle« neu denken

Welche Impulse kann die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen unserem Bildungssystem geben?

Die »Convention on the Rights of Persons with Disabilities« enthält in ihrem Artikel 24 ein Menschenrecht auf Bildung. Jeder Mensch – unabhängig vom Schweregrad seiner Behinderung – habe ein Recht auf Bildung in einem »integrativen Bildungssystem« (im Original: *inclusive*) und ein Recht auf lebenslange Fortbildung. Gemäß Art. 24 Abs. 2 der Konvention ist sicherzustellen, dass behinderte Menschen nicht aufgrund ihrer Behinderung aus dem allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen. In der Konvention wird ausdrücklich von einem »inklusi-ven« Bildungssystem gesprochen. In den Materialien zu dem Abkommen heißt es darüber hinaus:

»Experience has shown that as many as 80 to 90 per cent of children with specific education needs, including children with intellectual disabilities, can easily be integrated into regular schools and classrooms, as long as there is basic support for their inclusion.«

Es wird also von einer möglichen Inklusionsquote von 80 bis 90 % ausgegangen. Poscher/Langer bemerken in ihrem im Auftrag der Max-Träger-Stiftung erstellten Vorgutachten zu den innerstaatlichen Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention, dass hieraus keineswegs eine Verpflichtung abzuleiten sei, diese Quote einzuhalten, und dass der Integration in das Regelschulsystem auch durch den Elternwillen Grenzen gesetzt seien.¹ Die in der Kon-

vention gemachten Aussagen bedeuten aber dennoch, dass es keine objektiven, wissenschaftlich begründbaren Argumente gegen diese Quote gibt.

Hindernisse für die Umsetzung der Konvention

Föderalismus:

Die *UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen* fordert eigentlich eine nationale Bildungspolitik. In der Bundesrepublik wurden durch die Föderalismusreform aber gerade wieder die Rechte der Länder gestärkt, eine eigene Bildungspolitik zu verfolgen. Poscher und Langer gehen in ihrem Gutachten von einem eindeutigen Primat des Völkerrechts aus. Da das Ratifizierungsverfahren alle Stufen der Gesetzgebung durchlaufen hat, liegt durch die Zustimmung des Bundesrates auch das Einverständnis der Länder vor und damit ihre Verpflichtung, die Konvention umzusetzen. Die Konvention könnte mithelfen, den bildungspolitischen Provinzialismus in Deutschland zu überwinden.

Schulstruktur:

Deutschland hält wie kaum ein anderes Land an seinem gegliederten Schulsystem fest. Obwohl das gegliederte Schulsystem aus dem vordemokratischen Ständeschulwesen entstanden ist, wird es nur zögerlich von den BildungspolitikerInnen infrage gestellt. Die Art der Gliederung unseres Schulsystems schließt auch sozial benachteiligte Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe aus. Unser Schulsystem (re-)produziert eine sozial gespaltene Gesellschaft. Ein

¹ Gutachten zu den völkerrechtlichen und innerstaatlichen Verpflichtungen aus dem Recht auf Bildung nach Art. 24 des UN-Abkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und zur Vereinbarkeit des deutschen Schulrechts mit den Vorgaben des Übereinkommens, erstellt im Auftrag der Max-Träger-Stiftung durch Dr. Ralf Poscher und Dr. Thomas Langer, August 2008, herausgegeben vom GEW-HV, S. 24

Anliegen der UN-Konvention ist es, die gesellschaftliche Spaltung zwischen »behindert« und »nicht behindert« aufzuheben. In Deutschland gibt es darüber hinaus soziale Spaltungen, die in der UN-Konvention gar nicht mitbedacht worden sind.

LehrerInnenbildung:

Seit über 30 Jahren wird immer wieder gefordert, sonderpädagogische Inhalte in die Regelschulstudiengänge aufzunehmen. Es gab hierzu auch erste Ansätze. Im Berliner Lehrerbildungsgesetz von 2000 war beispielsweise festgelegt, dass mindestens eine Veranstaltung zum Gemeinsamen Unterricht besucht werden muss. An der Universität des Saarlandes gab es innerhalb der Regelschulstudiengänge den Arbeitsbereich Sonderpädagogik. Diese Elemente sind jedoch »seit Einführung der modularisierten BA/MA-Struktur auf merkwürdige Weise verschwunden«².

Der Umgang mit Heterogenität, oft im Munde geführt, wenn es um LehrerInnenbildung geht, wird an den Hochschulen nicht flächendeckend praktisch gelehrt und erprobt. Schaut man sich die didaktische Ausbildung an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen an, dann überwiegt weiterhin die Einübung und Planung des auf homogene Lerngruppen ausgerichteten, fragend entwickelnden Frontalunterrichts. Diagnostik wird – wenn überhaupt – auch eher als Output-orientierte Platzierungs- und Selektionsdiagnostik gelehrt und nicht als prozessorientierte Förderdiagnostik.

Nach dem »PISA-Schock« lässt sich eine positivistische Wende in den Erziehungswissenschaften beobachten, ein gewisser Machbarkeitswahn, der davon ausgeht, mit den richtigen Tests und Effektivitätsinstrumenten ließe sich ein bestimmter Lern-Output erzielen. Der Fokus universitärer Bildungsforschung ist einseitig auf die Optimierung von Lernleistungen gerichtet. Hier werden wohl Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen und Behinderungen als Störfaktor empfunden, den man lieber außer Acht lässt. Aspekte wie soziales Lernen und Humanisierung der Institution Schule sind fast gänzlich aus dem Blick geraten. Hier kann die UN-Konvention ein Anlass sein, neu über den Anspruch von Gleichheit, Wertschätzung und gesellschaftlicher Teilhabe aller und ihre Einlösung innerhalb des Schulsystems nachzudenken und eine Orientierung bieten.

Diskriminierende Einstellungen gegenüber Menschen mit Behinderungen:

Abwertung und Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen haben in Deutschland eine traurige Tradition. Schon Stötzner, der Gründer der Hilfsschulen, formulierte 1870, die Volksschule habe »andere Aufgaben zu lösen, als sich mit geistig Schwachen und Stumpfsinnigen heranzumühen. Diese hindern und hemmen nur.«

1920 schließlich verfassten die Professoren Binding und Hoche die Schrift »Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens«, die später als eine »wissenschaftliche« Grundlage für den Massenmord an kranken und behinderten Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus galt. In der Zeit des Nationalsozialismus dienten die Hilfsschulen als Sammelbecken der Kinder und Jugendlichen, die als »sozial abartig« oder erbkrank galten. Die Hilfsschule war eine Art Vorselektionsinstanz für die Ermordung der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Widerstand dagegen aus den Reihen der HilfsschullehrerInnen ist nicht bekannt geworden. Trotz dieses düsteren Kapitels in der Geschichte des Hilfsschulwesens wurde es nach dem Zweiten Weltkrieg nicht infrage gestellt.

Auch heute werden Menschen mit Behinderungen nicht als gleichberechtigte Rechtssubjekte angesehen. Ein Indiz unter vielen dafür ist, dass sie nicht selbstverständlich mit allen anderen Gleichaltrigen die Regelschule vor Ort besuchen dürfen. Dies muss immer besonders geprüft und von den Eltern beantragt werden. Auch die Eltern von Kindern mit Behinderungen werden von den Bildungspolitikern und LehrerInnen offensichtlich nicht ganz ernst genommen. Wollen sie ihr Kind in der Regelschule vor Ort unterrichten lassen, müssen sie sich z. T. entmündigenden Beratungsprozeduren unterziehen. Mit erhobenem Zeigefinger wird die Frage nach dem Kindeswohl gestellt, das von nicht wenigen Förderschullehrkräften eher in der Förderschule verwirklicht gesehen wird. Die Frage muss erlaubt sein, ob wir eine Regelschule, die nach Meinung der Lehrkräfte das Kindeswohl von Kindern mit Behinderungen gefährdet, nicht im Interesse aller Kinder und Jugendlicher dringend reformieren müssten.

Beitrag zur Humanisierung der Gesellschaft

Die Umsetzung der UN-Konvention kann insgesamt zu einer Humanisierung unserer Gesellschaft beitragen, indem hier Menschen mit Behinderungen als eigenständige Rechtssubjekte und nicht als Objekte von Mitleid, Fürsorge und speziellem Expertenwissen gesehen werden. In einer inklusiven Schule könnten nichtbehinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene endlich lernen, offen, unverkrampft und wertschätzend mit Menschen mit Behinderungen umzugehen und sich auch ihrer eigenen Schwächen, Ängste und Unzulänglichkeiten bewusst zu werden. Der Blick auf das einzelne Kind wird geschärft, da jedes einzelne Kind mit seinen Bedürfnissen und Ausgangslagen im Vordergrund steht und nicht der Gedanke an seine »richtige« Platzierung im gegliederten System. Dies müsste auch zu einer Weiterentwicklung der Lernkultur führen, die letztendlich jedem Kind zugutekommt.

von Dr. Ilka Hoffmann

Vorsitzende der Bundesfachgruppe Förderschulen
der GEW



² Ellger-Rüttgardt, Sieglind: Nationale Bildungspolitik und Globalisierung Die Herausforderungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Pädagogik wird international. In: Zeitschrift für Heilpädagogik 12/2008. S. 442-449, S. 448

Inklusion – unser gesellschaftliches Problem

Trotz Ratifizierung der UN-Konvention endlich auch in unserem Land geht die Kategorisierung und Verteilung von Kindern auf hierarchisch gegliederte Schulformen weiter: Allenthalben werden die Selektionsstrategien durch sogenannte Qualitätssicherung und Output-Kontrollen verschärft. Leistungsvergleiche in den Grundschulen haben nachweislich zur Erhöhung der Sonderschulüberweisungen¹ geführt. Weder ist die Qualität des integrativen Gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen in den letzten Jahren verbessert noch die Integrationsquote merklich ausgebaut worden, während die Zahl der SchülerInnen in den Sonderschulen deutlich angestiegen sind. Alle Bundesländer haben inzwischen ihr Sonderschulsystem zum Förderschulsystem umdeklariert und behaupten damit wider besseres Wissen, behinderten und sozial benachteiligten Kindern würden dort echte Zukunftschancen durch kompensatorische und rehabilitative Maßnahmen eröffnet.

Dass eine Schule für alle ohne Ausgrenzungsstrategien und mit erfolgreichen Lernergebnissen pädagogisch machbar ist, beweisen nicht nur die erfolgreichen Systeme im Ausland. Auch in unserer Republik haben sich Schulen allein oder in Netzwerken den Auftrag gegeben, sich an den Kriterien einer inklusiven Schule zu messen. Vor allem in Grundschulen, Gesamtschulen und im Gemeinsamen Unterricht sind pädagogisch fundierte und wissenschaftlich ausgewertete Modelle entwickelt und Erfahrungen gesammelt worden, die übertragbar wären, wenn die Politik dafür die richtigen Weichen stellte.

Tatsächlich verweist die politische Verweigerung, aus den vielen guten Beispielen und den empirischen Vergleichsstudien wie IGLU und PISA die richtigen Schlüsse zu ziehen, auf gesellschaftliche Ursachen, die mit Teilen der heutigen Mittelschichten verbunden sind.

Im selektiven Schulsystem haben sich dank der Bildungsexpansion – sprich: Öffnung der Gymnasien und Einrichtung von Gesamtschulen auch für Arbeiterkinder – neue akademisch geprägte Mittelschichten herausgebildet. Über ihren eigenen Aufstieg im Fahrstuhl der Bildungsexpansion haben manche AbsolventInnen mit erfolgreicher gymnasialer Biografie diejenigen vergessen, die der Fahrstuhl nicht mitgenommen hat. Wie bildungssoziologische Studien nachweisen, neigen sie dazu, ihren Erfolg sich selbst und der eigenen Leistung zuzuschreiben. In der Logik ihres meritokratischen Denkens werden gesellschaftliche Probleme individualisiert und es gilt für sie im Umkehrschluss, dass die BildungsverliererInnen ihren Misserfolg und ihre geringe Bildung selbst ver-

schuldet haben. Für ihre eigenen Kinder wünschen sich diese »AufsteigerInnen« das Abitur am Gymnasium, weil es Erfolg und eine soziale Trennung von den bildungsfernen Unterschichten sichert. Dieses Motiv verbindet sie mit Teilen der traditionellen Mittelschicht und des sogenannten Bildungsbürgertums. In dem Maße, wie auch in die Mittelschichten die Angst vor Prekarisierung eindringt, werden die Bildungsprivilegien, die das Gymnasium für sie garantiert, noch stärker verteidigt.

Schon in den Grundschulen zeigt sich bei Eltern der Mittelschichten bewusstes soziales Segregationsverhalten in der Wahl der Grundschule. Selbst manchen Eltern, die die Integration ihres behinderten Kindes in die Regelschule fordern, ist das Gymnasium sakrosankt. Sie fordern zur Vermeidung der stigmatisierenden Sonderschule zwar ihr Wahlrecht auf den Gemeinsamen Unterricht, aber nicht die grundsätzliche Abschaffung der Sonderschulen und der Gymnasien in der Perspektive einer Schule für alle. Sieht man sich die Integrationskinder genauer an, stellt man fest, dass Kinder aus benachteiligten Familien und aus MigrantInnenfamilien auch im Gemeinsamen Unterricht unterrepräsentiert sind. Sie haben keine Lobby und ihre Eltern sind relativ hilflos gegenüber der Schulbürokratie.

Das Schulsystem in einer Demokratie darf sich nicht hergeben für die Realisierung heimlicher Apartheid-Wünsche von Eltern. Bildungspolitik ist verpflichtet, bei der Frage, in welche Richtung unser Schulsystem verändert werden soll, das Menschenrecht auf Bildung grundsätzlich höher zu gewichten als den Anspruch von Eltern, die ihren Kindern das Abitur am Gymnasium vererben wollen. Dabei ist von PolitikerInnen, denen dieses Denken möglicherweise auch nicht fremd ist oder die auf Wählerstimmen schießen, zu verlangen, dass sie über ihren Schatten springen und das Ganze im Auge haben.

Wenn das selektive Schulsystem die Bildungsarmut von Kindern der unteren sozialen Schichten verfestigt, ihnen und den behinderten Kindern Teilhaberechte verweigert, sie menschlich entwertet und zu den gesellschaftlich Überflüssigen macht, dann geht die Verletzung ihres Menschenrechts auf Bildung uns alle an. Wie können wir sonst glaubwürdig in Menschenrechtsfragen auftreten, wenn wir hierzu schweigen? Unser demokratisches Zusammenleben ist infrage gestellt und die langfristigen gesellschaftlichen Schäden und Folgekosten von Desintegration und Exklusion müssen auch von allen getragen werden.



Foto: imago/PHOTOMAX
Elternproteste in Hamburg gegen die Einführung der 6-jährigen Primarstufe.

¹ Die Autorin schreibt bewusst »Sonderschule«, weil sie »Förderschule« für einen Euphemismus hält, der an der Ausgrenzung nichts ändert.

von Dr. Brigitte Schumann

Bildungsjournalistin



Hätten wir Inklusion ... haben wir aber nicht!



Gegenüberstellung zweier Sichtweisen am Beispiel eines erlebnispädagogischen Schullandheim-Aufenthaltes

Foto: imago/Norbert Schmidt
Fahrt mit dem Motorboot des Vereins Wings for Handicapped

Wir haben hier in Bayern nicht einmal Integration! Auch wenn die Bayerische Staatsregierung das behauptet und die »Integrationsversuche« wie Kooperationsklassen oder Außenklassen als Integration bezeichnet. Im Grundschulbereich werden nicht genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt, sodass Integration misslingen muss, und in der Sekundarstufe kann ein 4-gliedriges Schulsystem nur als desintegrativ bezeichnet werden.

Was hat das Thema Inklusion oder Integration mit einem erlebnispädagogischen Schullandheim-Aufenthalt zu tun?

Ich möchte im Folgenden anhand von Beispielen verdeutlichen, welcher Unterschied in der Sichtweise eines Pädagogen zu konstatieren wäre. Es geht mir also um die Darstellung eines Paradigmenwechsels von Integration zu Inklusion und weniger um die Beschreibung von Erlebnispädagogik bei einer Klassenfahrt. Wer sich über Erlebnispädagogik näher informieren möchte, findet fundierte und gut aufbereitete Inhalte auf der Website von Wikipedia oder auf den Websites der beiden mir bekannten Organisationen »outward bound« und »erlebnistage«.

Klassenfahrten sind sogenannte außerschulische Lernorte, Schulleistungen und Prüfungen spielen weniger eine Rolle, individuelle Leistungen und das Erreichen von Zielen aber sehr wohl – sei es als einzelne oder als Gruppe.

Als Lehrer einer sogenannten Integrationsklasse der Sekundarstufe an der Montessori-Schule der Aktion Sonnen-

schein in München schreibe ich diesen Artikel und berichte über eine Klasse von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf. Ich halte mich hier an die von Amts wegen vorgeschriebene Terminologie und erläutere die Zusammensetzung dieser Klasse der 7. Jahrgangsstufe wie folgt:

- zwei körperbehinderte Jungs
- zwei lernbehinderte Mädchen
- ein Mädchen mit einer Sprachbehinderung
- und zwölf Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf.¹

Von den SchülerInnen ohne sonderpädagogischen Förderbedarf sind drei LegasthenerInnen mit Gutachten und einzelne mit einer attestierten Teilleistungsstörung ADS/ADHS. Die Klasse besuchen neun Mädchen und acht Jungen. Bezugslehrplan ist der Lehrplan der Hauptschule, wobei natürlich der Lehrplan der Schule für Lernbehinderte herangezogen wird.

Hätten wir Inklusion ...

wäre schon dieser erste Abschnitt ein anderer:

Es gäbe keine Unterscheidung in Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf, sondern einfach Kinder der Klasse 7c mit individuellen Besonderheiten und in-

¹ Die Klassenzusammensetzung spiegelt nicht die Realität wider, ist aber ähnlich. Die Namen der SchülerInnen sind frei erfunden

dividuell unterschiedlichen Hilfenotwendigkeiten. Ich würde von Sabine, Patrick, Yana und Herbert berichten und damit wäre der Fokus der Betrachtung und Darlegung ein anderer. Bezogen auf den erlebnispädagogischen Schullandheim-Aufenthalt:

- Sabine braucht beim Solo-Lauf der Nachtwanderung einfach mehr Hilfe als andere – daran müssen wir als Team denken und vielleicht jemanden mitschicken oder die Wegstrecke verkürzen.
- Patrick muss bei hektischen oder sehr aufregenden Spielen besonders beobachtet werden, denn er neigt dazu, in solchen Situationen einen Anfall zu bekommen.
- Ludwig ist körperlich wenig belastbar, völlig untrainiert und kann keine längeren Strecken zurücklegen.
- Herbert ist sehr risikobereit und kennt seine Grenzen nicht. Es kommt deshalb leider immer wieder zu Verletzungen und Unfällen.

... haben wir aber nicht!

Die 7c ist eine Integrationsklasse mit Schülerinnen und Schülern aus ganz München und Umgebung. Schon das ist eine Besonderheit und eben keine Selbstverständlichkeit.

In »unseren Integrationsklassen« kommt es zu Beginn der Pubertät immer wieder zu Ausgrenzungen oder Abgrenzungen, weil junge Menschen mit der Suche nach ihrer eigenen Identität beschäftigt sind und sich somit von anderen distanzieren.

Hier ist pädagogische Arbeit mit Schwerpunkt Sozialverhalten gefordert. Durch einen Schullandheim-Aufenthalt mit erlebnispädagogischem Inhalt kann dies unterstützt werden. Ich habe immer wieder erlebt, dass so der Prozess der Integration vorangebracht werden kann. Dies muss nicht als ein Prozess verstanden werden, der »die Behinderten« integriert – er kann auch als ein »Aufeinander-zu-bewegen« beschrieben werden und dann wird klar, dass es zwei Seiten gibt, die sich aufeinander zu bewegen müssen. Das beschreibt die gesellschaftliche oder schulische Realität im Moment.

Die für mich wichtigen Elemente von sozialem Lernen bei einem erlebnispädagogischen Schullandheim-Aufenthalt sind:

- gegenseitiges Helfen und Respektieren
- eigene Grenzen und die der anderen kennenlernen
- Leistungen erbringen und individuelle Ziele setzen und erreichen
- Aufgabenstellungen lösen, die nur über die Gruppe bewältigt werden können
- Rücksichtnahme und Empathie bei Gruppenprozessen und Gruppenentscheidungen
- den eigenen Anteil zum Gelingen eines Projektes erleben und bewerten
- sich an eigene Ängste herantasten und mit Hilfe der anderen überwinden
- gegenseitiges Erleben im nichtschulischen Umfeld ohne Fokus auf Schulleistungen

Hätten wir Inklusion ...

ginge es einzig und allein um die oben genannten Punkte, das soziale Miteinander und die positiven Effekte für die sozialen Prozesse zwischen allen in der Klasse. Eine Aufgliederung in die beiden Gruppen mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf wäre ohne Bedeutung.

... haben wir aber nicht!

Für die Schülerinnen und Schüler wird die Gruppenzugehörigkeit im Sinne einer Einordnung nach Schulleistung nur dann alltagsrelevant, wenn sie von anderen nach ihrer Schule gefragt werden. Sie sind dann gezwungen, entweder »Hauptschule« oder »Förderschule« zu antworten – in unserem Beispiel können sie dies »galant umgehen«: Sie nennen den Schulnamen »Montessori-Schule«.

Hätten wir Inklusion ...

würden sie die Frage ohne Nennung eines besonderen Schultyps einfach mit »7c« beantworten!

... haben wir aber nicht!

Der Schullandheim-Aufenthalt selbst wäre wohl ganz ähnlich verlaufen. Als Lehrkraft schätze ich die sozialen Prozesse und die positiven Wirkungen auf das Sozialverhalten bei erlebnispädagogischen Aufenthalten. Der Erwerb von Handlungskompetenzen nach erlebnispädagogischer Theorie auf individueller Ebene steht für mich nicht im Vordergrund. Dies mag sich nachhaltig ebenfalls positiv auswirken, ich bekomme dies aber meist nicht mehr mit.

Vielleicht erinnert sich ein Schüler daran, dass er sich beim Klettern geschickt anstellte, viel Lob bekam, sich wohlfühlte und anerkannt wurde, und tritt später einmal einem Verein bei.

Hätten wir Inklusion ...

würde Patrick nicht quer durch München fahren, um in eine »besondere« Schule zu gehen. Nein, er würde vielleicht mit anderen Jungs aus seinem Wohnviertel bei der Jugendabteilung des Alpenvereins sein und mit ihnen gemeinsam zum Klettern gehen.

Hätten wir Inklusion, würden wir nicht ausgrenzen!

Inclusion means in – not just with!

von Wolfram Witte

Sonderschullehrer, Personalrat, DDS-Redaktion





Foto: Gisela Lau

SchulbegleiterIn, IndividualbegleiterIn, IntegrationshelferIn – eine Tätigkeit, kein Beruf

Rosa ist 7 Jahre alt und körperlich schwerbehindert. Spasmen hindern sie daran, ihre Glieder kontrolliert zu bewegen und zu sprechen. Seit einem Jahr besucht sie eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt »körperliche und motorische Entwicklung«, die 30 Kilometer vom Wohnort entfernt ist. Die Sprache simuliert ein Gerät namens Talker. In ihm sind Wort- und Satzmodelle gespeichert. Rosa kann sie durch Drücken eines Sensors aktivieren. Für fast alle Tätigkeiten braucht Rosa Hilfestellung. Diese Hilfestellung leistet **Maria**. Die 19-Jährige hat ihr Abitur gemacht und leistet ein soziales Jahr ab, bevor sie studieren wird. Marias Arbeitgeber ist weder die Schulbehörde noch der Schulträger. Sie ist bei einem Verein zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung beschäftigt.

Peters Diagnose lautet »frühkindlicher Autismus«. Der 8-Jährige nimmt alle Umweltreize ungefiltert auf. Es fällt ihm nicht leicht, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. So kommt er mit den Verrichtungen im Alltag nur schwer zurecht. Er kann sich jedoch auf **Martin** verlassen und darf deshalb mit Erlaubnis des Schulamts, die Grundschule besuchen. Martin ist ausgebildeter Heilerziehungspfleger und für die Arbeit mit Peter bei einem Verein angestellt, der sich mit Autismus beschäftigt. Er wird nach der Gehaltstabelle seines erlernten Berufs bezahlt, allerdings nur für die Zeit, die er tatsächlich mit Peter arbeitet. Er muss seine Arbeitszeit belegen und von der Schule bestätigen lassen. Sind er oder Peter krank, wird ihm das Gehalt für diese Zeit abgezogen.

Anita besucht die 10. Klasse eines Gymnasiums. Ihre Behinderung heißt Muskeldystrophie. Impulse des Gehirns werden immer weniger an die Muskeln weitergeleitet. Die

Lähmung ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass Anita im elektrischen Rollstuhl sitzt, den sie bis jetzt noch steuern kann. Ansonsten ist die Schülerin auf Unterstützung angewiesen. Diese Unterstützung leistet **Frau Bauer**, eine 47-jährige Erzieherin, die nach der Familienpause wieder in das Berufsleben einsteigen wollte, aber in ihrem Wohnumfeld keine entsprechende Stelle fand. Frau Bauer ist auf 400-Euro-Basis bei Anitas Eltern beschäftigt.

Maria, Martin und Frau Bauer arbeiten in einer Branche, die außerhalb des Förderschulbereichs kaum bekannt ist. Sie werden SchulbegleiterInnen, IndividualbegleiterInnen oder auch IntegrationshelferInnen genannt. Weder die Berufsbezeichnung noch der Tätigkeitsbereich sind eindeutig.

Sie sind für einen einzelnen Schüler oder eine einzelne Schülerin eingestellt, um ihm oder ihr den Schulbesuch zu ermöglichen, bzw. ihn oder sie aktiv daran teilnehmen zu lassen.

Beantragung

IndividualbegleiterInnen müssen beim Kostenträger, also beim Bezirk oder Jugendamt beantragt werden.

Dies geschieht vor allem dann, wenn Eltern wollen, dass ihr Kind »mit besonderem Förderbedarf« die Regelschule besucht. Dem Antrag der Eltern muss ein ärztliches Attest beigefügt werden, die aufnehmende Schule muss bestätigen, dass sich an ihr der »richtige Förderort« befindet. Der Mobile Sonderpädagogische Dienst kann noch eine zusätzliche Stellungnahme schreiben, in welcher das Arbeitsfeld einer Begleitperson detailliert beschrieben wird. Es ist zu empfehlen,

sich an einen Träger zu wenden, der sowohl bei der Suche nach einer geeigneten Person als auch bei der Bewältigung der Bürokratie helfen kann. Vor allem aber kann er den Eltern ersparen, selbst als ArbeitgeberInnen fungieren zu müssen.

Zugehörigkeit

IndividualbegleiterInnen arbeiten an Schulen, gehören aber nicht zu deren Personal. Ihre ArbeitgeberInnen sind Eltern oder ein Träger(verein). Damit befinden sie sich in einem Beziehungsgeflecht zwischen dem Kind, für das sie zuständig sind, den Eltern, die sie bezahlen oder zumindest beantragen haben, und den Lehrkräften, in der en Unterricht sie eingesetzt sind.

Vonseiten der Eltern und vonseiten der SchulbegleiterIn kann eine solche Maßnahme jederzeit gekündigt werden. Sollte zwischen der Schule und den IndividualbegleiterInnen die »Chemie nicht mehr stimmen«, kann die Schulleiterin oder der Schulleiter die Genehmigung rückgängig machen. Es ist zu empfehlen, die Regeln der Zusammenarbeit schriftlich festzuhalten. Wenn diese vielleicht auch nicht juristisch stichhaltig ist, so können sie doch Unklarheiten von vornherein ausschalten.

Bezahlung

Die Bezahlung ist sehr unterschiedlich. Sie kann auf 400-Euro-Basis erfolgen. Die ArbeitgeberInnen, also in diesem Fall die Eltern, vereinbaren dann mit der beschäftigten Person, wie viele Stunden für dieses Gehalt zu leisten sind.

Ein großer Teil der SchulbegleiterInnen arbeitet nach einem Stundensatz, der mit dem Geldgeber, also dem Bezirk auszuhandeln ist. Bis zu diesem Jahr mussten die Gehälter mit den Sozialämtern der einzelnen Landkreise ausgehandelt werden. Sie gestalteten sich sehr unterschiedlich. Es konnte also durchaus sein, dass Peter 30 Euro und sein Kollege im Nachbarlandkreis 10 Euro brutto bekamen. Nun liegt die Genehmigung im Verwaltungsbereich der Bezirke. Die Bezahlung ist damit zumindest vergleichbar, wenn auch weiterhin nicht üppig.

Die Rückerstattung erfolgt auf der Basis der Eingliederungshilfe.

Individualbegleitung und Kultusministerium

Das Kultusministerium hat, gemeinsam mit den bayerischen Bezirken, Empfehlungen für den Einsatz von IndividualbegleiterInnen verfasst. Sie beziehen sich zwar auf Kinder mit geistiger Behinderung es werden darin aber auch autistische Kinder erwähnt. Außerdem dienen sie vermutlich als Grundlage für Regelungen in anderen Behinderungsbe-
reichen.

Ausschnitte aus den Empfehlungen:

»Eine berufliche Ausbildung im erzieherischen Bereich ist nicht erforderlich; dies gilt im Regelfall auch für eine berufliche Vorbildung im pflegerischen Bereich.«

»Die Einweisung in die Tätigkeit als Integrationshelfer erfolgt durch die Erziehungsberechtigten und die Schule.«

Individualbegleitung und Gewerkschaft

In unserem auf Aussonderung angelegten Schulsystem könnte man eigentlich froh sein um alle Möglichkeiten, die Integration unterstützen. Arbeitsbedingungen und vor allem Bezahlung der SchulbegleiterInnen lassen jedoch bezweifeln, dass dies wirklich der Königsweg ist. Die GEW fordert in ihrer Stellungnahme zu den oben erwähnten Empfehlungen eine angemessene Ausbildung, um mit der Problematik fachgerecht umgehen zu können. Einweisung und Anleitung müssen durch Fachpersonal erfolgen. Der Arbeitsvertrag sollte zwischen der Arbeitsstelle und dem bzw. der Beschäftigten bestehen. »Personen, die in der Schule arbeiten, sollten auch von der Schule angestellt und bezahlt werden, und zwar nach entsprechend zu gestaltenden Tarifen. Als Zwischenlösung wäre eine Auswahl von wenigen Trägern als Arbeitgeber anzuraten. Dies würde einen Wildwuchs verhindern. Die Träger müssen in der Lage sein, das Personal auszusuchen, zu schulen, es professionell zu begleiten. Bezahlung und Arbeitszeit müssen nach Tarif erfolgen. Teamzeiten gehören zur Arbeitszeit. Durch die Beschäftigung bei einem Träger wäre es auch möglich, dass ein/e Individualbegleiter/in nicht ausschließlich für ein bestimmtes Kind in der Klasse eingestellt wird. So könnte der Gefahr der Überbehütung begegnet werden.«

Rosa, Peter und Anita sind sicher froh um die Hilfe, die ihnen geleistet wird. Es ist aber nicht einzusehen, warum die HelferInnen häufig mit Almosen abgespist werden.

von Gabi Gabler



Index für Inklusion

Die drei Autoren des »Index for Inclusion – developing learning, participation and play in early years and childcare«, Tony Booth, Mel Ainscow und Denise Kingston, haben überzeugend dargelegt, wie Inklusion, eingebunden in eine humanistische Werthaltung, gesellschaftlich entfaltet werden kann, und verbinden diese grundlegenden konzeptionellen Ausführungen mit praktischen und detaillierten Anregungen und Hilfestellungen zur Umsetzung. Im ersten Kapitel werden die grundlegenden Konzepte, der Planungsrahmen und die Evaluationsmaterialien erläutert. Das zweite Kapitel widmet sich dem Index-Prozess in seinen fünf Phasen. Teil drei und vier enthalten umfangreiche Materialien für die Praxis, Indikatorenraster und Fragebögen. Literaturhinweise runden das Buch ab. Die von der GEW vorgelegte Übersetzung ist eine wertvolle Arbeitshilfe für alle, die ihre Kindertagesstätte auf den Weg zur gemeinsamen Bildung und Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder bringen wollen oder Anregungen brauchen, wie sie ihre bereits begonnene Arbeit verbessern können.

Das Buch (148 Seiten) kostet 16,00 Euro (incl. MwSt., Porto und Versand).

Die Broschüre kann per E-Mail bestellt werden: broschueren@gew.de

Oder per Post: GEW-Hauptvorstand • Postfach 90 04 09 • 60444 Frankfurt a.M.

Anlässlich der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist Ende Januar 2009 das Manifest »Inklusive Bildung – Jetzt!« veröffentlicht worden. Auch die GEW gehört zu den Unterstützern des Manifests, mit dem die beteiligten Verbände ihre Forderung nach zügiger Umsetzung des Rechts auf

inklusive Bildung in Deutschland bekräftigen. Wir freuen uns über weitere Unterstützer und Beteiligung an der Unterschriftensammlung.

Unterschriftenlisten zum Downloaden gibt es auf der Homepage der GEW: http://www.gew.de/Inklusive_Bildung_-_Jetzt.html

Inklusive Bildung – Jetzt!

Wir nehmen die Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen zum Anlass, eine grundlegende Neuorientierung der Bildungspolitik in Deutschland zu fordern. Wir beziehen uns auf das Menschenrecht auf Bildung, wie es von den Vereinten Nationen in mehreren, von der Bundesrepublik ratifizierten Menschenrechtsverträgen kodifiziert wurde:

- Das Abkommen über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte schreibt vor, dass allgemeine Bildung ohne Diskriminierung zugänglich, allen verfügbar, von Eltern und Kindem akzeptiert und dem Stand der Wissenschaft und gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden muss.
- Die Konvention über die Rechte des Kindes verpflichtet die Vertragspartner, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, damit Bildung möglichst vollständige soziale Integration und Entfaltung der Persönlichkeit eines jeden Kindes befördert.
- Die Konvention über die Rechte behinderter Menschen schließlich fordert die Vertragspartner unmissverständlich auf, für »inclusive education« Sorge zu tragen. Das bedeutet: Alle Kinder werden in allgemeinen Schulen in heterogenen Lerngruppen der Vielfalt der Begabung entsprechend unterrichtet. Die nötige individuelle Unterstützung wird zum Kind gebracht.

Bildung ist ein Recht, das zur Wahrnehmung anderer Rechte erst befähigt.

Wenn es vorenthalten wird, bedeutet das den Ausschluss von Selbstbestimmung, politischer und gesellschaftlicher Teilhabe, Arbeit und Gesundheit.

Wie bei der UN-Kinderrechtskonvention sind auch für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen Bund, Länder und Gemeinden zuständig. Sie alle sind an die völkerrechtlichen Vereinbarungen gebunden; der Bund hat die Einhaltung der Konventionen vor der Völkerrechtsgemeinschaft zu vertreten. Der übliche Verweis auf die Zuständigkeit des jeweils anderen ist unzulässig, denn an deutschen Schulen bestehen Zustände fort, die den Konventionen eklatant widersprechen und deshalb vom Sonderbeauftragten der Ver-

einten Nationen für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz, angeprangert wurden:

- Viel zu früh werden die Bildungswege der Kinder getrennt.
- Fast einer halben Million Kindern und Jugendlichen wird sonderpädagogischer Förderbedarf bescheinigt und 85 % dieser Kinder werden in der Folge in Sonderschulen eingewiesen – viele gegen ihren und gegen den Willen der Eltern. Nur 15 % von ihnen werden an allgemeinen Schulen unterrichtet.
- Unter den Sonderschülerinnen und -schülern finden sich überproportional viele Kinder mit Migrations- und/oder Armutshintergrund.

Auf diese Weise produziert und reproduziert unser Bildungssystem gesellschaftliche Ungleichheit und Armut. Immer größere Teile der Bevölkerung werden durch Bildungsarmut von Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

Für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und Benachteiligungen bedeutet die Ausgrenzung in Sonderschulen den Einstieg in lebenslange Sonderwege an den Rändern der Gesellschaft.

Gleichzeitig wird allen Kindern die Vielfalt der Gesellschaft in der Schule vorenthalten. Sie können so nicht im Alltag lernen, respektvoll und konstruktiv mit Andersartigkeit umzugehen. Das ist der Ausgangspunkt von gesellschaftlicher Ausgrenzung und gibt für die demokratische Kultur in diesem Land Anlass zur Besorgnis.

Es ist höchste Zeit für die inklusive Schule.

Wir fordern daher:

- Jedes Kind hat Anspruch auf Aufnahme in die zuständige allgemeine Schule.
- Die nötige individuelle Unterstützung muss jedem Kind an seiner Schule zur Verfügung gestellt werden.
- Für Schulen und Lehrkräfte müssen Fortbildung, Begleitung und Unterstützung zur Umsetzung des inklusiven Bildungsanspruchs zur Verfügung stehen.
- Alle Lehramtsstudiengänge müssen an die Anforderungen inklusiver Bildung angepasst werden.

Vor diesem Hintergrund dürfen Schulstrukturfragen kein Tabuthema mehr sein.

Bisherige Unterstützer: Aktion Humane Schule • Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer • Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen • Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände • Der Paritätische Gesamtverband • Deutscher Behindertenrat • Deutsches Institut für Menschenrechte • Deutsches Kinderhilfswerk • Elternbund Hessen • Elternverband für Gesamtschulen Niedersachsen • Forum Bildungspolitik in Bayern • Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft • Grundschulverband • inklusive menschenrechte • Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben • Kindernetzwerk • Kultur- und Sozialwerk der Griechischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland • National Coalition zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention • Politik gegen Aussonderung • Sozialverband Deutschland • Verband Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland • diverse Einzelpersonen

Auf dem Weg zur gemeinsamen Ausbildung aller PädagogInnen ...

... sind wir noch nicht sehr weit vorangekommen, aber die Richtung ist klar. »Die GEW fordert: Die Ausbildung aller PädagogInnen (ErzieherInnen, LehrerInnen, SozialpädagogInnen ...) erfolgt an Hochschulen. Die Grundausbildung aller pädagogischen Professionen ist gleich. Dem einheitlichen Basisstudium folgt das arbeits- und berufsfeldbezogene Hauptstudium. Die Ausbildung vermittelt wissenschaftliches, historisches und kritisches Denken sowie die Kompetenz zur Reflexion der eigenen Bildungsbiografie und der Geschlechterrolle. Wollen Pädagoginnen und Pädagogen in andere Bereiche des Bildungssystems wechseln, werden ihnen entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen angeboten.« (Gewerkschaftstagsbeschluss vom April 2005)

Grundlage dieses Beschlusses ist die Überzeugung, dass Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und jungen Menschen im Gesamtzusammenhang zu sehen sind und nicht inhaltlich und altersspezifisch in völlig verschiedene Ausbildungsgänge zerlegt werden können.

Lernen von anderen Ländern

Andere Länder machen bereits positive Erfahrungen bzw. erste konkrete Schritte. Einige Beispiele: In Spanien gibt es ein gemeinsames Grundstudium für PädagogInnen mit anschließender Spezialisierung. In der Schweiz wurde ein Projekt »Bildung und Erziehung der vier- bis achtjährigen Kinder« entwickelt und an der Universität in Brixen gibt es ein vierjähriges Modell der gemeinsamen Ausbildung der KindergärtnerInnen und LehrerInnen. Die beiden ersten Jahre absolvieren beide Berufsgruppen gemeinsam. Erst nach diesem Grundstudium erfolgt die Differenzierung nach den Studienrichtungen »KindergärtnerIn« bzw. »Grundschul-lehrerIn«.

Die GEW hat es sich zur Aufgabe gemacht, internationale Erfahrungen auszuwerten und in ihre methodischen, strukturellen bzw. strategischen Überlegungen bei der Entwicklung eines eigenen Konzeptes einzubeziehen.

Zögerliche erste Schritte in Deutschland

In allen Bundesländern sind Hochschulen dabei, die Forderung der GEW nach einer Akademisierung der ErzieherInnenausbildung (in noch viel zu geringem Ausmaß) umzusetzen. Häufig schließen die Studiengänge an eine ErzieherInnenausbildung an und sind i. d. R. als berufsbegleitendes Studium konzipiert. Es gibt sie aber auch als grundständigen Studiengang, in beiden Fällen meist mit dem Bachelor-Abschluss. Dieser Bachelor trägt dann z. B. den Namen »Bildung und Erziehung im Kindesalter«, aber auch »KindheitswirtIn« in Sachsen-Anhalt. Solche Studiengänge schaffen zumindest die strukturellen Voraussetzungen für eine

gemeinsame PädagogInnenausbildung und sind damit ein kleiner Schritt »in die richtige Richtung«.

Stagnierende Diskussion

Die Diskussion um die (Weiter-)Entwicklung eines Konzeptes zur gemeinsamen PädagogInnenbildung ist in der GEW nicht im wünschenswerten Maß vorangekommen. Die Neuausrichtung der LehrerInnenbildung durch den sogenannten Bologna-Prozess, zu der sich die Bundesrepublik verpflichtet hat, stand und steht noch im Vordergrund. Es ging und geht noch darum, sich in diesem Prozess zu positionieren, Spielräume für die Umsetzung auszuloten und Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen.

GEW-Forderungen zur LehrerInnenbildung

Unter dem Druck des Faktischen, nämlich der Einführung von Bachelor und Master in die LehrerInnenausbildung, und quasi als Zwischenschritt hin zur gemeinsamen PädagogInnenbildung hat der Gewerkschaftstag im April 2009 Forderungen für die LehrerInnenbildung verabschiedet: »Die GEW fordert eine gleichermaßen hochwertige und einheitlich lange Ausbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer – unabhängig von Schulform und Schulstufe. Das lehrerbildende Studium muss an den Kompetenzen ausgerichtet werden, die Lehrerinnen und Lehrer für den Arbeitsplatz Schule von heute und morgen brauchen.«

Dazu gehört eine deutliche Ausweitung der sogenannten Bildungswissenschaften ebenso wie bundeseinheitliche gemeinsame Standards, Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit, um Mobilität zu gewährleisten und um dem »föderalen Flickerteppich« ein einheitliches Muster zu geben.

Dazu gehört auch, dass angehende LehrerInnen lernen, Unterschiede in Lerngruppen zu erkennen und produktiv mit ihnen umzugehen – d. h. zum Umgang mit Heterogenität qualifiziert werden.

Dazu gehören auch gleich gewichtete fachwissenschaftliche, erziehungswissenschaftliche und fachdidaktische Anteile sowie integrierte Schulpraktika.

Schließlich: Ein Lehramtsstudium endet (mindestens) mit dem Master-Abschluss (genauer dargestellt im »Wissenschaftspolitischen Programm der GEW«).

Sollten diese Forderungen auch bei der Reform der Reform der Reform ... der LehrerInnenbildung in Bayern berücksichtigt werden, kämen wir ein gutes Stück voran, nicht zuletzt auf dem Weg zu einer Schule für alle!

von Gele Neubäcker

Vorsitzende der GEW Bayern



Bye-bye Bayern?

Junge
SonderpädagogInnen
in Bayern auf dem
Abstellgleis?

Wer am 19. Mai 2009 um ca. 20.00 Uhr in Würzburg aus dem Fenster sah, konnte am Himmel viele bunte Luftballons sehen. An ihnen waren Postkarten befestigt mit der Aufschrift: »Stelle gesucht! Motivierte Sonderpädagogen suchen ein faires, dauerhaftes Jobangebot irgend wo in Deutschland. Wir sind topqualifiziert, flexibel, belastbar und allzeit bereit. Bei guter Pflege bleiben wir bis zum Ruhestand.«

Auf diese Weise machte das *Bündnis für faire und pädagogisch sinnvolle Einstellungspraxis (BffE)* auf eine Einstellungspolitik im Bereich der Förderschulen aufmerksam, die seit Jahren eigentlich nur ein Ziel verfolgt: Der Freistaat Bayern spart Geld, indem er teuer und gut ausgebildete und dringend benötigte SonderpädagogInnen in großer Zahl mit befristeten Jahresverträgen abspeist. Die Zeit, in der auf alle eine Planstelle wartete, ist lange vorbei.

Der Luftballonaktion vorausgegangen waren zwei Veranstaltungen an den sonderpädagogischen Fakultäten in München und Würzburg, die gemeinsam vom BffE und den Fachschaften der Sonderpädagogik mit Unterstützung von GEW, VdS, BLLV und BEV organisiert und von ca. 400 StudentInnen der Sonderpädagogik besucht wurden. Diese zeigten großes Interesse und waren teilweise schockiert von den Berichten der äußerst kompetenten ReferentInnen¹, mit denen die derzeit in Bayern praktizierte Einstellungspolitik und deren negative Folgen aufgezeigt wurde.

Die wesentlichen Probleme von Einstellungspraxis und Arbeitsbedingungen sollen im Folgenden kurz beschrieben werden.

¹ Siehe Fotos rechts von oben nach unten: Prof. Dr. Bundschuh (Lehrstuhl Sonderpädagogik in München), Prof. Dr. Lelgemann (Lehrstuhl Sonderpädagogik II in Würzburg), StudRefin K. Rummel (GEW), StudRef M. Bube (GEW), StudRef M. Grünbauer, SoL J. Kunzelmann, H. Paede (BEV). Auch SoL F. Kohl (GEW s. Foto S. 15 unten) und H. Lang (BEV, leider ohne Foto) referierten.

Bildungsland Bayern? Nicht für alle!

Laut »Dokumentation 185 - April 2008: Sonderpädagogische Förderung in Schulen 1997-2006« der Kultusministerkonferenz belegt Bayern bei den Förderschulen im Bundesländervergleich, im Gegensatz zur PISA-Studie, nur die hinteren Plätze. Bayern hat die größten Klassen (11,2 SchülerInnen) und auf jede FörderschullehrerIn treffen die meisten SchülerInnen (7,7). Im Vergleich dazu liegt Spitzenreiter Baden-Württemberg hier mit 4,9 SchülerInnen je LehrerIn weit vorn. An Schulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung ist eine drei- bis vierfache Klassenführung keine Seltenheit.

Doch statt mit mehr Einstellungen dafür zu sorgen, dass die Klassen kleiner werden, konfrontiert Bayern junge und motivierte SonderpädagogInnen mit beinahe utopischen Einstellungsnoten: In den Fachrichtungen Geistigbehindertenpädagogik und Körperbehindertenpädagogik wurde zum Schuljahr 2008/09 bis zu einer Staatsnote von 1,43 verbeamtet. Wer z. B. als Körperbehindertenpädagogin in eine Note schlechter als 1,82 hatte, bekam gar kein staatliches Angebot mehr und konnte sich nur im Privatschulbereich eine Beschäftigung suchen. Auch in allen anderen Fachrichtungen wurden die Einstellungsnoten in den letzten Jahren drastisch angehoben. Eine große Zahl der BerufsanfängerInnen wurde mit befristeten staatlichen Jahresverträgen abgespeist und fachfremd eingesetzt.

Von 251 NeubewerberInnen wurden nur 86 JunglehrerInnen direkt verbeamtet oder erhielten Angestelltenverträge mit Zusage zur Verbeamtung²

Solch schlechte Zukunftsaussichten veränderten in den letzten Jahren bereits erheblich das Klima unter Studierenden und StudienreferendarInnen der Sonderpädagogik. Der Notendruck ist extrem gestiegen, somit auch die Anforderungen und das Konkurrenzdenken innerhalb der Seminare. Wer keine Planstelle erhält, wird auf einer für fünf Jahre begrenzten Warteliste platziert. Von dort aus kann man sich jedes Jahr erneut für den staatlichen Schuldienst bewerben. 1999 waren es noch 18 BewerberInnen, die dort auf eine dauerhafte Beschäftigung warteten. Heute sieht die Warteliste anders aus. Laut letztem Stand (Februar 2009) warten 545 BewerberInnen auf eine Planstelle.

² Quelle: Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Christa Naab vom 20.10.2008

Die ReferentInnen
(s. Fußnote linke Spalte)





Allein im Schuljahr 2008/2009 fanden sich 186 neue BewerberInnen auf der Warteliste wieder (Quelle: KM Bayern). Absurd: Selbst wer fünf Jahre lang fachfremd eingesetzt war, wird immer nur nach seiner studierten Fachrichtung beurteilt. Also: SonderpädagogInnen der Fachrichtung Sprachbehindertenpädagogik, die fünf Jahre lang an einem Förderzentrum mit dem Förderschwerpunkt Lernen arbeiten, werden nicht verbeamtet, weil ihre Staatsnote der Sprachbehindertenpädagogik nicht für eine Planstelle reicht.

Kann es sich Bayern leisten, nur die Besten der Besten mit zukunftssicheren Planstellen auszustatten? Müssen SonderschullehrerInnen bei einer derartig repressiven Einstellungspolitik nicht froh sein, überhaupt einen Job zu bekommen? Weit gefehlt! In Bayern gibt es keine arbeitslosen SonderschullehrerInnen. Im Gegenteil: Junge und gut ausgebildete SonderschullehrerInnen werden dringend zur Aufrechterhaltung des Status quo gebraucht. Dort, wo sie fehlen, werden jedes Jahr Grund- und HauptschullehrerInnen eingesetzt, sogar AbsolventInnen der Sonderpädagogik mit Erstem Staatsexamen gehen als Vertretungen in den Schuldienst. Warum? Die Antwort ist einfach: Bayern spart sich sehr viel Geld im Bereich der sonderpädagogischen Förderung – mit schlimmen Folgen.

Weitreichende Folgen der Einstellungspolitik für alle Beteiligten

Es ist evident, dass diese Praxis für die betroffenen Lehrkräfte schwerwiegende negative Auswirkungen hat. Die Verunsicherung durch prekäre und stets nur befristete Arbeitsverhältnisse wird noch durch die Begrenzung dieses Zustands auf fünf Jahre und die Ungewissheit, wie es danach weitergeht, verstärkt. Jahr für Jahr bangen betroffene LehrerInnen darum, überhaupt eine Anstellung zu bekommen. Dauerhafte Lebensperspektive und -planung ist unmöglich. Die gesetzliche Regelung befristeter Verträge (Stichwort: Kettenverträge) erzwingt darüber hinaus häufige Schulwechsel, was in einigen Fällen zu kostspieligen Wohnortwechseln in kurzer Zeit führt. Sich immer wieder in völlig neue Schul- und Klassensituationen einarbeiten zu müssen, entwertet das mühsam erarbeitete Wissen um die spezifische Schulsituation, die besondere SchülerInnenpopulation und die jeweiligen Schulausstattungen. Hinzu kommt ein finanzielles Minus von bis zu 700 Euro pro Monat bei gleicher Tätigkeit im Vergleich zu den verbeamteten KollegInnen.

Neben der existenziellen Unsicherheit für junge Lehrkräfte ergeben sich aber vor allem negative Folgen für SchülerInnen, Eltern und Schulen. Die mit viel Engagement aufgebauten Kontakte zu den Eltern, das Wissen über familiäre Hintergründe, die zu einem besseren Verständnis für SchülerInnenpersönlichkeiten und problematische Verhaltensweisen führen, sind häufig bereits nach einem Jahr wieder nutzlos. Eltern werden in kurzer Zeit mit verschiedenen AnsprechpartnerInnen konfrontiert, der gemeinsame Bildungs- und Erziehungsauftrag ist unter diesen Umständen schwer bis kaum zu verwirklichen.

Ganz besonders für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben ständige LehrerInnenwechsel negative Konsequenzen für Motivation und Lernerfolg. Mühsam entwickelte Vertrauensverhältnisse werden für die weitere pädagogische Arbeit bereits nach einem Jahr wertlos und hinterlassen in manchem/r SchülerIn seelische Narben. Der neuen Lehrkraft begegnen sie häufig erst einmal mit Frustration und Misstrauen. Die fehlende Kontinuität hat damit zwangsläufig auch negative Auswirkungen auf die Unterrichtsqualität.

Aber auch auf die Kollegien wirkt sich dieser Zustand unerfreulich aus. Sie sind nicht nur ständig gezwungen, neue KollegInnen einzuarbeiten, diese können auch nicht sinnvoll mit längerfristig für den Schulbetrieb erforderlichen Funktionen betraut werden.

Die viel gerühmte und teure Evaluation wird bei ständig neu gemischten Kollegien vollends zur Farce. Schulentwicklung und Schulprofile lassen sich unter diesen Bedingungen schwer bis gar nicht umsetzen. SchulleiterInnen haben keine Möglichkeit, langfristig zu planen, sondern sind gezwungen, jedes Jahr aufs Neue auf die Stundenzuweisungen zu reagieren. Da werden AGs gestrichen, Zusatzangebote eingestellt und die Klassen im Krankheitsfall einer Lehrkraft aufgeteilt. In den Statistiken erscheint das nicht als »ausgefallener Unterricht«. Hauptsache das Stundenmaß ist erfüllt. Irgendwie.

Inklusive Bildung als Sparprogramm?

Nachdem Deutschland trotz Bildungshoheit der Länder die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert hat, verpflichtet es sich zu einem inklusiven Schulsystem. Das allgemeine Bildungssystem soll sich so entwickeln, dass Menschen mit Behinderungen am individuellen Bedarf orientiert die notwendige Unterstützung erhalten, damit sie sich mit ihren Fähigkeiten voll entfalten und tatsächlich an der Gesellschaft teilhaben können. In der Presse wurde in letzter Zeit vermehrt die Qualität der Sonder- oder Förderschule in Frage gestellt. Nicht zuletzt der Artikel »Die un verdünnte Hölle« im Spiegel verärgerte durch ein extrem einseitiges und abwertendes Bild der Arbeit an den Förderschulen auch sehr viele SonderpädagogInnen in Bayern. In Bayern kommt da schnell der Verdacht auf, dass die Arbeit an den Förderschulen in ein schlechtes Licht gerückt werden soll, um die repressive Einstellungspolitik beizubehalten und sogar noch zu verschärfen. Der Gedanke, dass man in einem

Schulsystem, in dem jede/r SchülerIn inklusiv unterrichtet werden kann, keine Sonder- oder Förderschulen und damit natürlich auch keine SonderpädagogInnen mehr braucht, liegt nahe. *Besonders ein inklusives Schulsystem aber wird ohne eine ausreichende Anzahl gut ausgebildeter und motivierter SonderpädagogInnen nicht funktionieren können!* An den sonderpädagogischen Fakultäten der Universitäten in München und Würzburg werden seit Jahren die neuesten pädagogischen Ansätze gelehrt und reflektiert. Der Großteil des Studiums der Sonderpädagogik befasst sich mit Pädagogik und Ethik. Unter den Studierenden der Sonderpädagogik wird der Begriff der »Inklusion« bereits heftig diskutiert und die Schule von morgen skizziert. SonderpädagogInnen haben den Auftrag, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Behinderungen zur vollständigen Teilhabe an der Gesellschaft zu befähigen. Bestmögliche Förderung eines jeden Kindes ist in einem inklusiven Schulsystem nur in Kooperation mit der Sonderpädagogik möglich. Eine Zusatzqualifikation in Form eines sonderpädagogischen Pflichtscheines für alle Lehramtsstudierenden reicht da bei Weitem nicht aus. Wer glaubt, Inklusion mit Einsparung der »teuren« SonderpädagogInnen verwirklichen zu können, hat sich entweder mit der Thematik noch nicht ausreichend auseinandergesetzt oder versucht, schulische Sparprogramme hinter dem wohlklingenden Etikett »Inklusion« zu verstecken. Vor allem in Zeiten der bildungspolitischen Inklusionsdebatte sind sonderpädagogische Kompetenzen an allen Schularten unabdingbar.



Auch in Würzburg drängten sich die Studierenden.

Bye-bye Bayern?

Etlche der jungen SonderpädagogInnen haben Bayern aufgrund der skizzierten Arbeitsbedingungen bereits den Rücken gekehrt, denn sie werden auch in anderen Bundesländern gerne gesehen. Mittlerweile werben vor allem Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit kleineren Klassen und Planstellen oder zumindest zeitnaher Verbeamtung. Man kennt dort die gute Qualität der bayerischen Ausbildung. Dass dabei nur eine Fachrichtung grundlegend studiert wird, stört die anderen Kultusministerien nicht. Genaue Informationen über Bewerbungsmöglichkeiten und Berufsaussichten in den Bundesländern sind auf www.sopaed.net unter »Info« zu finden.

Aktiv werden in Bayern mit Bffe!

Doch Ziel von Bffe ist es nicht, dass junge SonderpädagogInnen ihre Zukunft in anderen Bundesländern suchen. Das Motto der Veranstaltungen lautete »Aktiv werden für eine faire und pädagogisch sinnvolle Einstellungspraxis in Bayern!«. Denn Bayern ist schön und SonderpädagogInnen werden dringend gebraucht. In Mittelfranken formierte sich bereits im Herbst 2007 ein Bündnis aus Fachgruppen von GEW, BLLV, NLLV, dem VdS, VertreterInnen aus Elternverbänden, betroffenen StudienreferendarInnen und LehrerInnen, das durch die Forderung nach mehr Planstellen eine spürbare Verbesserung der Situation zu erreichen versuchte. *(Die DDS berichtete darüber.)* Ein Erfolg ist bisher nicht messbar, die Einstellungsnoten verschärften sich sogar noch. Auch die eingebrachten Petitionen wurden im Landtag abgelehnt.

Aber mittlerweile erfährt das Bffe landesweite Unterstützung für seine Forderungen: Faire Einstellungspraxis bedeutet, junge und vor allem dringend benötigte SonderpädagogInnen mit zukunftssicheren Arbeitsverträgen auszustatten und die sinnlose Vergabe der befristeten Jahresverträge zu beenden. Außerdem sollte langjähriger fachfremder Einsatz und der damit verbundene Kompetenzerwerb in einer anderen Fachrichtung honoriert und bei der Vergabe der Planstellen berücksichtigt werden. Zusätzlich setzt sich das Bündnis für eine Betonung der sonderpädagogischen Kompetenz in der Inklusionsdebatte unter dem Motto »Keine Inklusion ohne Sonderpädagogik!« ein.

Mit Hilfe der zentralen Anlaufstelle www.sopaed.net im Internet sollen vor allem Betroffene selbst die Möglichkeit erhalten, aktiv zu werden und die Arbeit und Aktionen des Bündnisses auf ganz Bayern auszuweiten. InteressentInnen und UnterstützerInnen sind gerne eingeladen, sich in die Mailingliste auf der Homepage einzutragen.

Am Anfang sind es Luftballons ...

Die ersten Reaktionen auf die Infoveranstaltungen in München und Würzburg waren durchweg positiv. Die Zusammenarbeit mit den Fachschaften der Sonderpädagogik soll fortgesetzt werden und die nächsten Aktionen sind bereits in Planung. Es ist an der Zeit, die Arbeitsbedingungen für SonderpädagogInnen in Bayern zu verbessern und die Zweiklassengesellschaft in den Kollegien aus Beamten und VertragssonderschullehrerInnen zu beenden, denn sehr schnell können aus Postkarten an Luftballons Bewerbungsschreiben in andere Bundesländer werden, die die Arbeit von SonderpädagogInnen noch wertschätzen.

von Florian Kohl

Sonderschullehrer
Kordinator des Bündnisses
Mitglied der GEW

Das Foto zeigt ihn bei seinem Vortrag auf der Veranstaltung in München



Überall streikts! *Von den Kitas über die Schulen bis zur Universität*

In den letzten Wochen ging es hoch her. Wir berichteten bereits in der letzten DDS. Heute liefern wir die Fotos aus Ingolstadt, Nürnberg, Schwabach und Unterfranken nach, die vor Drucklegung der Juni-Ausgabe noch nicht bei uns eingetroffen waren. Außerdem dokumentieren wir den Bildungsstreik – mit Fotos aus Augsburg und München –, mit dem sich SchülerInnen und Studierende gegen ihre eigenen schlechten Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen.

Die Rede, die unsere GEW-Kollegin Erika Rempel von der GEW-Hochschulgruppe in Augsburg am 17. Juni vor dem Augsburger Stadttheater hielt, fasst den Zusammenhang zwischen all diesen Aktivitäten und den unterschiedlichen Bildungsbereichen so gut zusammen, dass wir sie auf der nächsten und der übernächsten Seite – statt eines Aktionsberichtes – abdrucken.



In Ingolstadt wurde demonstriert ...



... auch die Nürnberger Kolleginnen und Kollegen waren wieder dabei ...



... ebenso die Kolleginnen in Schwabach.





Ganz schön lang war der Demonstrationzug durch Würzburgs Straßen



Lärmbelastung
im Kindergarten
= stark erhöhter
Diserjet
in 200m Entfernung

Kolleginnen und Kollegen des Sozial- und Erziehungsdienstes in Unterfranken zeigten auf einer Demonstration in Würzburg ihre Bereitschaft, für bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Eingruppierung aktiv zu werden.



Erika Rempel spricht für die GEW beim Bildungsstreik in Augsburg

Ich spreche heute für die GEW-Hochschulgruppe an der Uni Augsburg. Ich erlebe jeden Tag, wie Studium und Wissenschaft nicht funktionieren sollten!

Im Beitrag der Studierenden auf dieser Demo wurde auf diese Problematik hinreichend eingegangen. Daher will ich nicht bei der prekären Situation der Universitäten und der Schulen verharren, sondern die große Chance, die ich im Bildungsstreik sehe, herausstellen. Der Bildungsstreik nämlich ruft

alle Menschen, die im Bildungswesen tätig oder davon betroffen sind, dazu auf, sich gemeinsam für ein sozial gerechtes und wirklich demokratisches Bildungssystem einzusetzen!

Momentan streiken unsere Kolleginnen und Kollegen, die in den Kindertagesstätten beschäftigt sind. Wenn ich jetzt verbesserte Studienbedingungen für mich und meine Kommilitoninnen und Kommilitonen fordere, dann muss ich auch daran interessiert sein, dass wirklich jedes Kind einen kostenfreien Platz in der Kindertagesstätte erhält und dass alle Jugendlichen durch die Schule bestmögliche Bildung und individuelle Förderung er-

halten. Denn die einzelnen Einrichtungen im Bildungssystem sind nicht getrennt voneinander zu denken! Vor allem nicht, wenn es darum geht, das Individuum durch Bildung zu kritischem Denken zu befähigen. Das kritische Denken und Hinterfragen des Gegebenen als oberstes Ziel von Bildung und Erziehung kann sicherlich nicht »mal eben schnell« in wenigen Jahren Schule vermittelt und in einer Abschlussprüfung abgefragt werden. Und wenn alle Menschen mündige, selbstständige, kritische Individuen sein sollen, darf gute Bildung nicht nur wenigen Eliten zur Verfügung stehen!

(Fortsetzung nächste Seite)



Ein Bildungssystem, das sich also an diesen Forderungen orientiert, muss die Selbstbestimmung des und der Einzelnen fördern; es muss Freiräume schaffen, die im Denken beginnen und auch mit Lehr- und Lernräumen zu tun haben. Ein solches Bildungssystem muss demokratische Entscheidungsfindungen in allen Bereichen ermöglichen!

Das bedeutet für die praktische Umsetzung: Jedes Kind muss einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz haben! Das mehrgliedrige Schulsystem aus dem vorvorigen Jahrhundert muss zugunsten einer Schule für alle abgeschafft werden! Allen Menschen muss, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter oder Weltanschauung, der kostenlose Zugang zu allen Bildungseinrichtungen ermöglicht werden! Und natürlich muss die Tätigkeit von Menschen im Bildungsbereich angemessen honoriert werden, wovon wir momentan noch weit entfernt sind!

Bildung als kritisches Hinterfragen des Gegebenen muss allen Menschen ohne Ausnahme zuteilwerden! Damit dieses Ziel realisiert wird, müssen wir alle sicherlich noch lange Zeit große Anstrengungen unternehmen! Der Bildungstreik hat eine Möglichkeit geschaffen, Menschen aus verschiedenen Bereichen des Bildungswesens zusammenzubringen. Lasst uns diese Chance nutzen, mit SchülerInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen usw. zusammenzukommen und uns gegenseitig darüber auszutauschen, was in den verschiedenen Bereichen falsch läuft und wie wir uns Veränderungen vorstellen. Nicht nur diese eine Woche, sondern auch in Zukunft.

Die Fotos auf dieser Seite zeigen Ausschnitte der Demo, die am 17.6. zum Bildungstreik in München stattfand. Unter denjenigen, die Reden hielten und den streikenden SchülerInnen und Studierenden ihre Solidarität erklärten, war auch ein Milchbauer aus Niederbayern. Sein gesellschaftliches Fazit fasste er im Spruch eines alten Indianers zusammen: »Wenn du merkst, du reitest ein totes Pferd, steig ab!«



Berufliche Oberschulen aufwerten und besser ausstatten

GEW Würzburg im Gespräch mit FOS-BOS-Personalräten und Mitgliedern des Bildungsausschusses

Die Fach- und Berufsoberschulen (FOS-BOS) in Bayern ermöglichen in jedem Jahr ca. 20.000 Schülerinnen und Schülern drei Bildungsabschlüsse mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung »Dennoch sind die beruflichen Oberschulen hinsichtlich der Personalausstattung und der Arbeitsbelastung die Aschenputtel des Bildungswesens«, sagt der FOS-BOS-Personalrat und Würzburger GEW-Kreisvorsitzende Walter Feineis. Der Kreisverband Würzburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) lud die unterfränkischen Mitglieder des Bildungsausschusses des Bayerischen Landtages zu einem Gespräch mit Personalratsmitgliedern bayerischer beruflicher Oberschulen ein. Karin Pranghofer (SPD), Simone Tolle (B90/Die Grünen) und Manfred Ländner (CSU) hörten die Erfahrungsberichte aus Aschaffenburg, Neu-Ulm, Nürnberg, Markttheidenfeld, Würzburg und Schweinfurt an. Diese wurden ergänzt durch die Einschätzung des Hauptpersonalratsmitgliedes Wolfgang Lambl.

»An keiner Schulart in Bayern fällt so viel Unterricht aus wie an den beruflichen Oberschulen«, berichtet Feineis. In einigen Schulen sind es bis zu 100 Stunden wöchentlich. Ganze

Fächer wie Sport und Wirtschaftsinformatik werden nicht unterrichtet. Die Staatsregierung habe versäumt, auf die steigenden Anmeldezahlen hin an den FOS-BOS mit attraktiven Angeboten eine angemessene Zahl von Lehrkräften anzuwerben. Jetzt sei der Markt leer gefegt und einzelne Lehrkräfte begäben sich sogar auf die Suche nach neuen KollegInnen in den Mangelfächern.

Völlig inakzeptabel sei die Situation angestellter Lehrkräfte. Sie müssten jedes Jahr um die Weiterbeschäftigung bangen. Ihre Qualifikation werde gerne in Anspruch genommen, wenn es um

Unterricht und Korrekturen ginge, so der Tenor aus allen Schulen. Aber wenn es um Planungssicherheit und gerechte Bezahlung ginge, seien sie die Schlusslichter.

»Eine FOS-BOS-Lehrkraft muss jedes Jahr Abitur-Abschlussprüfungen mit hohem Korrekturaufwand abnehmen, jedes Jahr bis zu 100 Abiturarbeiten korrigieren. Das ist einmalig in Bayern«, sagt ein Personalratsmitglied aus Nordbayern, dem alle zustimmen. Dazu komme die Erfüllung des Bildungsauftrages, die aufgrund des Zeitdrucks nicht gelingen könne. Besonders Jugendliche aus Hauptschulen oder mit Migrationshintergrund stehen

unter ungeheurem Druck, den Anschluss an SchülerInnen aus Gymnasien, Real- und Wirtschaftsschulen zu finden. »Wir brauchen Lehrkräfte, kleine Klassen und Zeit für differenzierte Fördermaßnahmen«, so der Tenor. Dazu käme noch eine überbordende Verwaltungsbürokratie. Viele gerade engagierte Lehrkräfte sind deshalb tief frustriert.

Manfred Ländner möchte die Lösung der Probleme nicht im Bildungssystem suchen, sondern in der LehrerInnenbildung, die er sich weniger abschreckend und besser bezahlt

vorstellt, sowie im Ausbau des Rechtes und der Pflichten von Eltern. Simone Tolle macht sich für die Gleichstellung des beruflichen Weges zum Abitur mit dem gymnasialen stark. Karin Pranghofer hält eine Nachbesserung im Budget für die Lehrerversorgung für notwendig und fordert die KollegInnen an den FOS-BOS auf, in Protesten und Petitionen die Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen zu fordern. Alle anwesenden Mitglieder des Bildungsausschusses sehen Handlungsbedarf bei der Arbeitsbelastung und hinsichtlich der Förderung Benachteiligter. **Von Jörg Nellen**



V.l.n.r. Karin Pranghofer (SPD), Walter Feineis (GEW), Simone Tolle (B90/Die Grünen) und Manfred Ländner (CSU).

Rentenerhöhung und Steuerpflicht – kein Grund zur Panik

Von Gesa Bruno-Latocha, GEW-Hauptvorstand

Nachdem im Juli 2009 – zum ersten Mal seit vielen Jahren – wieder eine ernst zu nehmende Rentenerhöhung ansteht, sind viele RentnerInnen verunsichert: Schließlich, so heißt es, sei diese Rentenerhöhung steuerpflichtig.

Richtig ist: Der Teil der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der für den Einzelnen steuerfrei ist, wird für jeden Rentner und jede Rentnerin bei Rentenbeginn individuell festgestellt und danach als jährlicher Eurobetrag festgeschrieben (»Rentenfreibetrag«). Für alle, die 2005 bereits in Rente waren, beträgt dieser 50 % der damaligen Jahresrente. Im Umkehrschluss zählt jede Rentenerhöhung voll zum steuerpflichtigen Einkommen. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass man auf diesen Betrag in jedem Fall Steuern zahlen muss.

Das Finanzamt rechnet das »zu versteuern-e Einkommen« aus. Dabei werden zunächst alle Einkünfte zusammengezählt, die grundsätzlich

steuerpflichtig sind. Hierzu zählt auch der steuerpflichtige Teil der gesetzlichen Rente (tatsächliche Jahresrente minus persönlicher Rentenfreibetrag) und weiterer Renten (z. B. der Ertragsanteil einer VBL-Rente). Davon werden dann verschiedene Beträge abgezogen, darunter steuerlich absetzbare Vorsorgeaufwendungen (z. B. Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge) und verschiedene Pauschbeträge. Auch den GEW-Beitrag kann man als Werbungskosten eintragen, da die GEW auch Rentnerinnen und Rentnern Rechtsschutz und Beratung bietet.

Nur wenn der Betrag, der dann übrig bleibt, den sog. Grundfreibetrag (das steuerfreie Existenzminimum) übersteigt, müssen tatsächlich Steuern gezahlt werden. Das ist bei RentnerInnen mit einer Monatsrente von unter 1.500 Euro und keinen wesentlichen weiteren Einkünften selten der Fall – auch nach der Rentenerhöhung. Der Grundfreibetrag wurde gerade erst im Zuge des Konjunkturpakets II für 2009 auf 7.834 Euro und ab 2010 auf 8.004 Euro erhöht.

Auch wenn die Wahrscheinlichkeit gering ist, tatsächlich Steuern zu zahlen, muss man als frischgebackene Rentnerin bzw. Neurentner erst mal eine Steuererklärung abgeben. Wenn sich dabei herausstellt, dass man mit seinen Einkünften deutlich von der Grenze entfernt ist, ab der Steuern fällig werden, sollte man beim Finanzamt eine »Nichtveranlagungsbescheinigung« beantragen. Ob das in Frage kommt und wie das geht, kann man beim Finanzamt erfragen.

In dem »**Ratgeber Rente**« des GEW-Hauptvorstandes ist neben anderen hilfreichen Infos rund um die Rente auch ein Kapitel zur Rentenbesteuerung enthalten.

Der Rentenratgeber steht unter www.gew.de/Ratgeber_Rente.html zum Herunterladen bereit oder kann per E-Mail bestellt werden: Einzelexemplare zu 3,50 Euro über broschueren@gew.de und Bestellungen ab 10 Stück zu 2,00 Euro das Stück zzgl. Versandkosten im GEW-Shop über gew-shop@callagift.de oder über die Fax-Nummer 0 61 03-30 332-20

Workshop Reiseassistenz für

Menschen mit Körperbehinderung

»Wie helfe ich einem Rollstuhlfahrer an einer hohen Bordsteinkante? Welche Pflege braucht ein Querschnittsgelähmter auf Reisen? Welche unterschiedlichen Behinderungsarten gibt es überhaupt?« Antworten auf diese Fragen und viele weitere zum Thema Körperbehinderung und Reisen sollen in einem Workshop »Reiseassistenz« des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e. V. gegeben werden. Durch diesen Workshop sollen die Teilnehmenden befähigt werden, als Reiseassistenz Menschen mit Körperbehinderung zu begleiten. Durch die Reiseassistenz wird körperbehinderten Menschen Mobilität und barrierefreies Reisen ermöglicht. Die Reiseassistenz soll für den spezifischen Umgang mit Menschen mit Behinderung sensibilisiert werden.

Die Teilnehmenden des Workshops werden durch praktische Übungen in einem Wohnzentrum für behinderte Menschen, in den Werkstätten für Behinderte oder in der Ergotherapie in ihren Lernmöglichkeiten und ihrer Kreativität stimuliert. Für den Austausch der Teilnehmenden untereinander sowie in Gesprächen mit erfahrenen Reiseassistenten und Reisenden mit Behinderung wird genügend Freiraum geschaffen.

Der Workshop finden vom 16. bis 22. November 2009 in Krautheim/BaWü. statt. Er richtet sich an Personen aus allen EU-Ländern, die mindestens 18 Jahre alt, körperlich belastbar sind und Einfühlungsvermögen, Geduld und Ausdauer mitbringen. Da dieses Projekt mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert wird, sind die Kosten für die einwöchige Veranstaltung inklusive Übernachtung und Verpflegung mit 298 Euro für InländerInnen sehr günstig. Für europäische Teilnehmende werden sämtliche Kosten nach Absprache durch die EU übernommen. Das detaillierte Programm und Anmeldeunterlagen lassen sich per Mail anfordern oder von der Webseite des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderte e. V./Reiseservice herunterladen:

reiseservice@bsk-ev.org

www.reisen-ohne-barrieren.eu

BSK-Reiseservice

Altkrautheimer Str. 20 • 74238 Krautheim

Tel.: 0 62 94 42 81-50/51 • Fax: 0 62 94 42 81 79

Fortbildungskurse zu Dyskalkulie und Lese-Rechtschreib-Schwäche

Die gemeinnützige Johann Wilhelm Klein-Akademie Würzburg in Verbindung mit der Universität Würzburg und der Humboldt-Universität Berlin und mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus laden wiederum zu interdisziplinären Fortbildungskursen zur Lese-Rechtschreib-Schwäche (LRS) und erstmals auch zur Rechenschwäche (Dyskalkulie) im Schuljahr 2009/2010 ein. Die

Dies und Das

Kurse richten sich an Lehrerinnen und Lehrer, deren Schülerinnen und Schüler konkrete Probleme im Rechnen bzw. im Schriftspracherwerb haben.

Der LRS-Kurs will besonders die Fehleranalyse, die Fehlerinterpretation, der LRS vorbeugende und den Schriftspracherwerb begleitende Fördermaßnahmen in den Mittelpunkt stellen. Ziele des Kurses: Vermittlung berufsrelevanter Kompetenzen im Umgang mit lese-rechtschreib-schwachen Kindern, besonders hinsichtlich des Zusammenhangs von Lernschwierigkeiten und »unauffälligen Verhaltensauffälligkeiten« • Anleitung zu teilnehmender Beobachtung • Einübung in die Analyse von Verlesungen und Verschreibungen • Vorstellung praktischer und zugleich theoretisch begründeter Verfahren zur Unterstützung des Schriftspracherwerbs • Vermittlung von Beratungskompetenz im Umgang mit Eltern und anderen Angehörigen.

Der Dyskalkulie-Kurs will umfassendes, fundiertes Wissen über die erfolgreiche Förderung von Kindern mit Dyskalkulie vermitteln, einer Störung, der in der Vergangenheit oft geringe Aufmerksamkeit zuteilwurde.

Es wird teilweise Unterrichtsbefreiung gewährt. Die Kurse sind bei FIBS angemeldet. Weitere Informationen und Anmeldung:

Johann Wilhelm Klein-Akademie GmbH

Ohmstraße 7 • 97076 Würzburg

Tel.: 09 31-20 92-23 94

Fax: 09 31-2 30 09-23 90

E-Mail: stefan.hetzel@jwk-akademie.de

www.jwk-akademie.de

Alles Wissenswerte für ehrenamtliche JournalistInnen

Ob Autor des Studentenmagazins oder Betreuer der Schülerzeitung, Redakteurin der Vereins- oder Quartierszeitung, – sie alle können auf dem Zeitungs-Grundlagen-Seminar von »Medien selber machen« vom 7. bis 9. August 2009 alles lernen, was sie für ihre journalistische Arbeit ständig brauchen. Das Programm der Veranstaltung in der Villa Fohrde (bei Brandenburg/Havel) fängt bei Themenfindung und Recherche an und führt über journalistische Darstellungsformen bis hin zu Presserecht.

Bei allem Input kommt das Selbermachen nicht zu kurz: Die TeilnehmerInnen schreiben eigene Artikel, die sie unter professioneller Anleitung überarbeiten.

Der Teilnahmebeitrag enthält neben der Seminarteilnahme auch Übernachtung und Vollverpflegung. Die TeilnehmerInnen legen ihn nach ihren finanziellen Möglichkeiten selbst fest. Wer auch den Mindestbeitrag nicht bezahlen kann, kann sich für ein Stipendium bewerben.

Das Seminar wird gemeinsam veranstaltet von der Villa Fohrde e. V. und dem Medien selber machen (MSM) e. V. und voraussichtlich gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung

Nähere Informationen und das Anmeldeformular gibt es im Internet oder telefonisch:

www.zeitung-selber-machen.de

Tel.: 0 30-69 20 38 18

Medienzentren gründen Netzwerk

20 Medienzentren aus dem deutschsprachigen Raum vereinigten sich unter dem Titel FRAME zur »Ständigen Konferenz freier arbeitender Medienzentren«. FRAME steht dabei symbolhaft für den gemeinsamen Rahmen, der die kontinuierliche Weiterentwicklung und Verbesserung der Bedingungen, Strukturen und Inhalte medienpädagogischer Arbeit ermöglichen soll, aber auch als Kürzel für »Freie Arbeitende Medienzentren«, die es als medienpädagogische Fachrichtungen seit über 30 Jahren gibt. Als Zusammenschluss wollen sie den fachlichen Austausch und die Vernetzung unter den Mitgliedern forcieren und gemeinsam zukunftsweisende Modellprojekte entwickeln. Außerdem soll FRAME qualifizierte und innovative Antworten auf aktuelle medienpädagogische Herausforderungen erarbeiten und zu medienpädagogischen Fragestellungen Stellung nehmen. Als Koordinierungsstelle von FRAME wurde das Medienzentrum München des JFF für zwei Jahre gewählt. Weitere Informationen zu FRAME gibt es unter:

www.frame-info.de.

20. Juni bis 5. September 2009 ist KULTURmobilzeit in Niederbayern

In diesem Jahr zieht das KULTURmobil zum zwölften Mal im Auftrag des Bezirks Niederbayern über Land.

Im Sommer 2009 schaffen Martina Veh und Josepha Sophia Sem mit ihrer Bearbeitung eines klassischen Stoffes wieder ein glänzendes Stück Schauspiel. Die Musik zur Neubearbeitung von Shakespeares »Der Sturm« komponiert erneut Elmar Raida, das Sound Design entwickelt Ralf Funk. Nachmittags unterhalten Barbara Lacknermeier und Jo Vollrath mit »Dussel und Schussel« von Adde Bont Kinder und Erwachsene. KULTURmobil garantiert mit beiden Produktionen auch in diesem Jahr ein zauberhaftes Theater- und Musikerlebnis.

Aufführungsorte und weitere Infos unter:

www.kulturmobil.de

**Die
Klassenfahrtseite**
jede Woche neue Angebote

www.schulfahrt.de

Tel. 0 35 04/64 33-0

Gisa Schütz

Anfang der 1980er Jahre warb mich die junge Kollegin Gisa Schütz, die gerade von einem einjährigen Lehreraustausch aus Paris zurückgekommen war, im Rahmen eines Festes für die Mitgliedschaft in der GEW. Am Lion-Feuchtwanger-Gymnasium (LFG) mit seinem damals jungen Kollegium gab es damals eine ziemlich große Betriebsgruppe der GEW. Es lag eine pädagogische Aufbruchstimmung in der Luft. Gisa war eine Frau, die mit ihrem Standpunkt nicht hinterm Berg hielt und ihn auch mit rhetorischem Geschick präsentierte. Als solche bot sie die Projektionsfläche unserer GEW-Betriebsgruppe. Das kostete sie in den Augen mancher Gegner und Gegnerinnen der GEW durchaus Sympathien

– aber das hielt Gisa aus. Sie setzte sich mit viel zeitlichem und energetischem Aufwand für Aktivitäten im Kreis- und im Landesverband der GEW ein.

In den späteren Jahren übernahm Gisa die Verantwortung für die Fachschaft Französisch an ihrer Schule. Ihre Anstrengungen bei der Unterrichtung und Koordinierung des Französch-Unterrichts am LFG führten zu unübersehbaren Erfolgen. Gisas enorme Leistungsfähigkeit wurzelte in der Leidenschaft für die französische Sprache und Kultur. Gisa war auch Lehrerin für das Fach Sport. In diesem Fach war ihre große Leidenschaft das Tanzen und das Skifahren. Von Gisa habe ich die Grundschriffe für Afro und Salsa gelernt. An den Wochenenden tanzte Gisa. Viele Jahre besuchte



21.5.1949 - 18.5.2009

sie monatlich eine Tanzcompagnie in Zürich, deren Leitung zwei kongolesische Berufsmusiker und professionelle Tänzer innehaben. Für mehrere Schulen in München und über mehrere Jahre hinweg engagierte Gisa die beiden afrikanischen Trommler und Tänzer als Gastdozenten für Tanzworkshops im Rahmen des Fortbildungsprogramms des Pädagogischen Instituts der Stadt München.

Ihre Liebe zur Salsa veranlasste Gisa gerade in den letzten Jahren zu einer Reihe von Ferientaufenthalten mit Tanzseminar in Kuba. Gisa gönnte sich 1988/89 ein Sabbatjahr, das sie in der Elfenbeinküste und in Ghana verbrachte. Dort studierte Gisa an der philosophischen Fakultät der Universität in Abidjan und sie tanzte natürlich ausgiebig.

Vor drei Jahren wurde Gisa eine Krebserkrankung mitgeteilt. Sie nahm den Kampf auf. Sie hat nie gejammert. Sie hat stets nach vorn geblickt, das war ihre Art. Im vergangenen Februar gab sie dem Kollegium ihr Abschiedsfest (s. Foto). Ihr Wunsch war es, nicht lange zu reden, sondern zu tanzen, ein afrikanisches Tanzsolo und eine Salsa. Ich hatte die Ehre, ihr Tanzpartner zu sein. Am 18. Mai 2009, drei Tage vor ihrem 60. Geburtstagfest, musste Gisa den Kampf aufgeben.

In liebevollem Andenken

Paul Nuber und ihre Kolleginnen und Kollegen der GEW

10.000 Euro für Kindergarten in Nicaragua

Anlässlich einer gemeinsamen Tagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der LehrerInnengewerkschaft ANDEN aus Nicaragua in Frankfurt/Main konnte unser GEW-Kollege Albrecht Sylla, auch Vorsitzender des Aschaffener Nicaragua-Komitees, die Spende von 10.000 Euro für die Kindertagesstätte »Hermanidad Sindical« in der Stadt Juigalpa übergeben. José Antonio Zepeda, Vorsitzender der Gewerkschaft ANDEN und Abgeordneter des nicaraguanischen Parlaments, nahm die Spende in Empfang. Dabei betonte er die Bedeutung dieser Unterstützung für die Stadt Juigalpa und für die Kolleginnen und Kollegen seiner Gewerkschaft. Da es in Nicaragua keine staatliche Förderung von Kindertagesstätten gibt, können diese nur auf der Basis von Hilfen internationaler Institutionen existieren.

Die Gewerkschaft ANDEN betreibt den Kindergarten in Juigalpa, seit sich das Nicaragua-Komitee in Aschaffenburg 1990 ent-

schlossen hatte, dieses Projekt zu finanzieren. In der Tagesstätte werden 40 Kinder von einem bis sechs Jahren pädagogisch qualifiziert gefördert. Die meisten von ihnen sind Kinder alleinerziehender Lehrerinnen. Der im Haus der LehrerInnengewerkschaft untergebrachte Kindergarten ist neben einem SOS-Kinderdorf die einzige derartige Einrichtung in Juigalpa.

Anlässlich der Tagung verlieh der nicaraguanische Gewerkschaftsvorsitzende Zepeda Albrecht Sylla die Ehrenmedaille seiner Gewerkschaft, die zum

30. Gründungsjubiläum von ANDEN im Februar 2009 ausgegeben wurde. Dabei betonte er das langjährige und solidarische Engagement des Aschaffener Nicaragua-Komitees, das seit 1980 besteht.

Weitere Informationen zu diesem Projekt gibt es bei Albrecht Sylla, Tel.: 0 60 21-5 77 38

Spendenkonto: Nord-Süd-Forum Aschaffenburg e. V., Konto-Nr.: 703 777

Sparkasse Aschaffenburg BLZ 795 500 00

Stichwort: Nicaragua



Interessante Veranstaltungen ab Juli 2009

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: sg@bayern.gew.de

08.07.09	Auf ein Wort: Bildung ist Mehrwert. Ilse Schaad vom GEW-HV wertet die Tarifrunde aus und spricht über weitere Perspektiven der Tarifpolitik. Veranstalter: GEW Aschaffenburg.	Informationsabend	Aschaffenburg Martinushaus, Treibgasse 26 20.00 Uhr
10.07.09	outside in – 1992 auf der Straße, 2009 im KunstLANDing. Ausstellungsführung mit Elisabeth Claus, Verant.: GEW-Aschaffenburg.	Sommerfest der GEW	Aschaffenburg Neuer Kunstverein, 18.00 Uhr
11.07.09	Schulsozialarbeit in Bayern. Grundsätze und Perspektiven. Mit Herbert Bassarak und Hermann Rademacker. Für GEW-Mitglieder.	Fachgespräch	München DGB-Haus, 14.00 – 16.00 Uhr
16.07.09	Zeitbombe Demographie? Mit Michael Schlecht, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik bei ver.di. Eine Veranstaltung der GEW Nürnberg.	Vortrag mit Diskussion	Nürnberg DGB-Haus, 19.00 Uhr
17.-19.07.09	Den Übergang vom Beruf in den Ruhestand und das nachberufliche Leben aktiv gestalten. */** Mit Heike Baumgart und Hans-Wilfried Kühlen. Für GEW-Mitglieder und PartnerInnen.	Workshop	Kallmünz/Traidendorf Tagungshaus Hammerschloss
24.-25.07.09	Mehr Zeit für Wesentliches. */** Gegen die Tyrannei der Dringlichkeit. Mit Werner Dießner.	Seminar	Bamberg Center Hotel
01.-02.08.09	Wir haben die Krise! Was nun? */** GEW-Sommerseminar mit Dr. Joachim Bischoff.	Seminar	Haimbuchenthal Hotel Christel
16.09.09	Die Zukunft des Menschen in der Informationstechnologie – eine sich verselbstständigende Dynamik. Mit Dr. Joseph Wandl, Schulleiter in Niederbayern. Eine Veranstaltung der GEW Nürnberg.	Vortrag mit Diskussion	Nürnberg DGB-Haus, 19.00 Uhr
07.10.09	Vier Bücher – Ein Thema: Pädagogisches Quartett. GEW Aschaffenburg greift das Thema Disziplin und Pädagogik auf.	Büchervorstellung und Diskussion	Aschaffenburg Martinushaus, 20.00 Uhr

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de Weitere Informationen über unsere Mailinglist, bitte per E-Mail anfordern. Ein Eintrag in die Mailinglist ist jederzeit widerruflich!

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, sg@bayern.gew.de, Tel. 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87
** Teilnahmegebühr

Endstation Vernichtung
Dienstreife und Pflichtenübung
an der Reichsbahn in München 1933-1943



Ausstellungen und Veranstaltungen
vom 19. Juni 2009 bis 31. Juli 2009

Programm:

Endstation Vernichtung – Dienstreife und Pflichtenübung bei der Reichsbahn in München

Im Münchner Gewerkschaftshaus gibt es bis zum 31. Juli eine Ausstellung, die grundlegende Informationen über die Reichsbahn, ihre strukturelle und personelle Verschränkung mit dem Nationalsozialismus sowie ihre aktive Mitwirkung am verbrecherischen Handeln des NS-Regimes vermittelt. Über Hör- und Filmstationen sowie Internetterminal sind vertiefende Inhalte abrufbar.

Parallel dazu gibt es nicht weit davon, an der Hackerbrücke, eine Freiluft-Ausstellung an historischem Ort, die anhand lokaler Beispiele die thematische Breite der Bahngeschichte im Nationalsozialismus zeigt. In unmittelbarer Nachbarschaft der Hackerbrücke befanden sich der »Milchladehof« und die »Eilguthalle«. An diesen inzwischen überbauten und in Vergessenheit geratenen Orten wurden zahlreiche Deportationen von jüdischen Münchnerinnen und Münchnern abgewickelt. Ein zusätzliches Element bildet das Graffiti eines jungen Künstlers, der die historische Thematik aufgreift und in einen neuen Zusammenhang stellt.

Begleitend gibt es Vorträge, Zeitzeugengespräche und eine Filmreihe. Nähere Informationen sowie das detaillierte Programm gibt es unter: www.endstation-vernichtung.de

Auf Wunsch werden Gruppenführungen durch die Ausstellungen oder gesonderte Stadtrundgänge angeboten. Mindestgruppengröße: 20 Personen. Kosten: 60 Euro.

Anfragen an: DGB-Bildungswerk München • Tel.: 0 89-55 93 36-40, -15 und -41 • Fax: 0 89-53 80 494
E-Mail: anmeldung@bildungswerk.bayern.de



**Klinik am
Leisberg**
BADEN-BADEN

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

HOTLINE: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Von hier an geht
es aufwärts!

Private Klinik für psychologische Methoden
Akutbehandlung möglich, wir beraten Sie gerne!

Interkulturelle Sprach- und Studienreise in die Türkei

INKOMM, das Projektzentrum interkulturelle Kommunikation der Münchner AWO, veranstaltet vom 30.10. bis 6.11.09 erneut eine Studienreise nach Kemer/Antalya, die von unserem GEWKollegen Mahmut Gergerli geleitet wird. (Die DDS hat in der Januar/Februar-Ausgabe 2009 über die Reise im letzten Jahr berichtet, nachzulesen in unserem Archiv auf der Home page www.gew-bayern.de.) Anmeldung sind bis zum 30.9.09 erbeten.

Weitere Informationen gibt es bei Rabija Avdic bzw. Doris Lecker
Kontakt: info@inkomm-awo.muc.kobis.de

Informationsveranstaltung zum Studiengang Master of Adult Education an der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg

Die Evangelische Fachhochschule informiert am Freitag, 17. Juli 2009 von 16 bis 18 Uhr über den Masterstudiengang Erwachsenenbildung. Dies ist ein akkreditierter Weiterbildungsstudiengang, der berufsbegeleitend in maximal vier Jahren oder in Vollzeit (zwei Semester, insgesamt 48 Semesterwochenstunden) abgeschlossen werden kann. Der Studiengang befähigt zur Leitung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

Weitere Informationen:

Evangelische Fachhochschule Nürnberg • Masterstudiengang Erwachsenenbildung
Bärenschanzstraße 4 • 90429 Nürnberg

Tel.: 09 11-2 72 53-7 11 oder -8 15 • Fax: 09 11-2 72 53-8 52

Master-eb@evfh-nuernberg.de • www.evfh-nuernberg.de/Mastererwachsenenbildung

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Juli und August Geburtstag feiern, ganz besonders

Rita Mannes, Neu-Ulm, zum **91.**

Marianne Walz, Neustadt, zum **89.**

Helmut Stock, Lauf, zum **86.**

Susanne Mächtlinger, Kulmbach, und
Klaus Zielke, Coburg, zum **85.**

Herwarth Stadler, Peißenberg, zum **84.**

Elfriede Bode, München, zum **82.**

Anton Sagerer, München, zum **81.**

Hans-Heinrich Hagen, Würzburg, und
Rüdiger Kuczius, Thurnau, zum **78.**

Dr. Rolf Eckart, München, zum **76.**

Joachim Schmolcke, München, zum **75.**

Ellen Amthor-Geltinger, Bayreuth,
Elisabeth Stehle, Giengen,
Erwin Dobner, Olching,
Hannes Henjes, Höchstadt, und
Walter Wittmann, Erlangen, zum **73.**

Rose-Marie Lamm, Höchberg,
Klaus Engelhardt, Grub,
Hans Parnickel, Stockheim,
Roland Rall, München, und
Hansjörg Schupp, Möttingen, zum **72.**

Ursula Euskirchen, Hersbruck,
Susanne Göpfert, Donaustauf,
Astrid Obermair, Regensburg,
Eva-Maria Ulrich, München,
Gert Freyberger, Passau,
Prof. Dr. Dr. h. c. Eduard Hertel, Bayreuth,
Günter Hörmann, Kulmbach, und
Kurt Niemann, Strullendorf, zum **71.**

Elisabeth Knapp-Lubos, Dillingen,
Christa Stark, Hof,
Gianni Carlet, München,
Georg Grill, München,
Gert Mader, München,
Friedrich Martschin, Stein, und
Prof. Dr. Volker Schütz, Handorf, zum **70.**

sowie zum **65.**

Heidi Bröder-Benz, Nürnberg,
Katrin Huber, Dießen,
Irmgard Ritter, Kaufbeuren,
Karin Schäffler, Neumarkt,
Marietta Schmidt, Kulmbach,
Karin Weiß, Bamberg,

Ruth Ziegler, München,
Norbert Fischer, Fürth,
Josef Mayer, Berching,
Gisbert Morcinek, Dachau,
Bernd Moser, Kitzingen,
Maximilian Ott, Johannesberg,

Dr. Wolfgang Pfaffenberger, Wertingen,
Elmar Pickelmann, Nürnberg,
Udo Rebhan, Nürnberg,
Fritz Schalkhauser, Bad Reichenhall,
Wolfgang Stadler, Petershausen, und
Rolf Tybl, Grafrath.



Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten.

Im Juli und August gilt unser Dank ganz besonders

Jutta Müller, Spardorf,

Otto Göbel, Fürth,

Oswald Then, Prittriching, für **40 Jahre**

sowie **Angela Bedall**, München,

Marina Birn-Martens, Altdorf,

Jane K. Clouston, Erding,

Constanze Geyer, Bad Aibling,

Christa Großmann, München,

Brigitte Merkl, Wörth,

Dorothea Muggenthaler, Wörthsee,

Angelika Purchart-Konrad, Ebersberg,

Bärbel Rauch, Herrsching,

Christa Stephan, Augsburg,

Julia Volkmer, München,

Herbert Bube, Lindau,

Winfried Freitag, München,

Karl Franz Fritsch, Großheirath,

Werner Graf, Berg,

Lothar Hauck, Heroldsberg,

Martin Hoffmann, Wendlingen,

Volker Korell, München,

Fritz Martin, Neu-Ulm,

Georg Müller, Burgthann,

Klaus Ostner, München,

Dr. Hans Steidle, Würzburg,

Helmut Steiner, Fürth, und

Luitpold Will, München, für **35 Jahre.**

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

Ansbach Termine/Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr Stammtisch und Vorstands-Treff, Podium, Gerberplatz 1, Bayreuth
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr Arbeitslosenberatung: jd. 1. + 3. Mittwoch im Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Meierhof, Bammersdorferstr. 1
Kontakt: Markus Weinberger, ☎ 0 91 91/97 44 51

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Memminger Waldhorn, Waldhornstr. 11, Memmingen
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, gew-unterallgaeu@gmx.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Munder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot
Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)
Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 01 70-5 43 04 55

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr
Kontakt: sabine.herzig@bayern.gew.de

München Fachgruppe Realschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, fam.lungmus@t-online.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften
Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni
Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag, 21.00 Uhr
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen
Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Metropolis, Gutermannpromenade
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Reichelbräustüberl, Ackerstraße, Nähe JUZ
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

Würzburg jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

www.gew-bayern.de